ZECK

das Info aus der flora

Nr. 108, April 02



BUDDA
BUDDA

VORWORT

WERTE LESERINNENSCHAFT!

...UND WIEDER HALTET IHR EINE ERNEUTE AUSGABE UNSERER ZEITUNG FÜR BEWEGUNG IN BEWEGUNGSARMEN ZEITEN IN DEN HÄNDEN... DIESMAL MIT KONZEPT-LAYOUT.

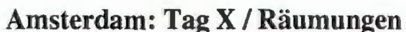


Inhalt

Dokumentation:







Wir haben am 22.02.2002 in glinde, kreis stormarn, den fahrzeugbestand der bundeswehr mittels einwirkung von brandbeschleunigern um einen bundeswehr-reisebus anlässlich eines konzertes des musikkorps verringert

Deutschland führt krieg
Über 10.000 bundeswehrsoldaten sind mittlerweile weltweit im einsatz. Die rot-grüne bundesregierung betreibt vergangenheitsbewältigung mit der waffe. Wiedererstarkt nach der anzettelung zweier weltkriege, nach der shoah und den kriegsverbrechen in den von der wehrmacht besetzten ländern, gibt sich deutschland demokratisch geläutert. Aus machtpolitischem kalkül und wirtschaftlichem interesse mischt die brd auch militärisch wieder überall mit. In bosnien, im kosovo und in mazedonien, wo die bundeswehr erstmals eine natomission anführt. zur unterstützung des enduring-freedom-krieges patroulliert ein marineverband vor dem horn von afrika, assistiert von einer in mombasa, kenia, aufgestellten aufklärungsstaffel. in kuwait tummeln sich die recken der abc-spezialkräfte und in afghanistan sorgen deutsche kampftruppen für den sog. Frieden.
Angesichts dieser globalen anstrengungen zur sicherung der vielgepriesenen zivilisation, kapitalistischer durchdringung und verwertung wird weiter aufgerüstet. Der bau des neuen airbus lufttransporters und amphibischer transportschiffe, sogenannte einsatztruppenunterstützungsschiffe, sind angeschoben worden, um strategische defizite im transportbereich zu beheben. Die bundeswehr soll auch unabhängig von logistischer unterstützung anderer armeen einsatzfähig gemacht werden.
An der heimatfront werden neue gesetzespakete zur inneren sicherheit geschnürt und mal eben hunderttausend personen gerasterfahndet, die rassistische hetze wird verschärft.

Die radikale linke in deutschland scheint handlungsunfähig geworden zu sein und kommt über diskussionen über den charakter des neuen deutschen imperialismus nicht hinaus, anstatt ihrer verantwortung gerecht zu werden, deutsche kriegsführung zu denunzieren, zu blockieren, zu attackieren – auch wenn es bisher in den vom imperialismus angegriffenen ländern keine nennenswerten politischen strömungen gibt, auf die sich positiv bezugnehmen liesse.

- **feuer und flamme der deutschen militärmaschine –**
- **sabotage und blockade der truppentransportwege –**
- **für die sofortige entschädigung der opfer der massaker der deutschen wehrmacht –**
- **deutschland ausschalten -**



Schill-y-out Days/Land-in-Sicht Treffen

Mittlerweile ist es amtlich: Das Camp wird stattfinden – zukünftig unter dem Arbeitstitel „Land-in-Sicht" Treffen – und zwar in Hamburg ab dem 16.08.02 während mindestens vier Tagen.
Nach den anfänglichen Querelen wegen der Trennung von der Grenzcampvorbereitung in Thüringen (das Camp in Jena wird vom 12.07. bis 21.07.02 stattfinden) – siehe hierzu den Text in dieser Ausgabe „Transidentitäre Organisierung & Hybridität – Heiliger Goldfisch, was ist denn das!?" hat sich mittlerweile ein relativ breitgefächerter Vorbereitungskreis gebildet. Ziel dieses Camps soll nicht sein, eine Konkurrenzveranstaltung zu Jena zu werden, sondern ausgehend von der besonderen Hamburger Situation, die erste rechtspopulistisch regierte Region zu sein, ebenda den Extremismus der Mitte zum Thema zu machen. Wie kommt es, dass der Diskurs um Innere Sicherheit und Kriminalität hier soviel Boden findet? Ist die autoritäre Formierung der Gesellschaft soweit fortgeschritten, dass unsere Aktionen zur Thematisierung bzw. Skandalisierung der repressiven und ausgrenzenden Verhältnisse sowieso ins Leere laufen?
Zunächst in der Vorbereitung sollen die folgenden Themen behandelt werden:

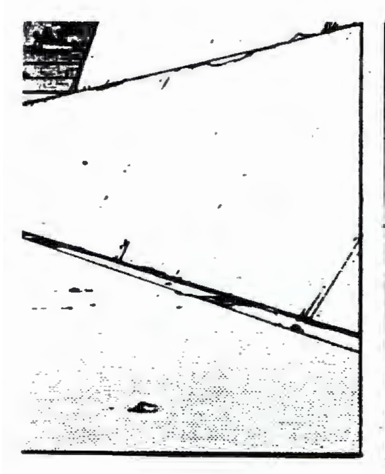
- 11. September/imperialistischer Krieg
- Schengen-Grenzen in HH / EU / Globalisierung
- Rassismus / Ausgrenzung
- Kapitalismus
- Sozialkürzungen / gesellschaftlicher Umbau

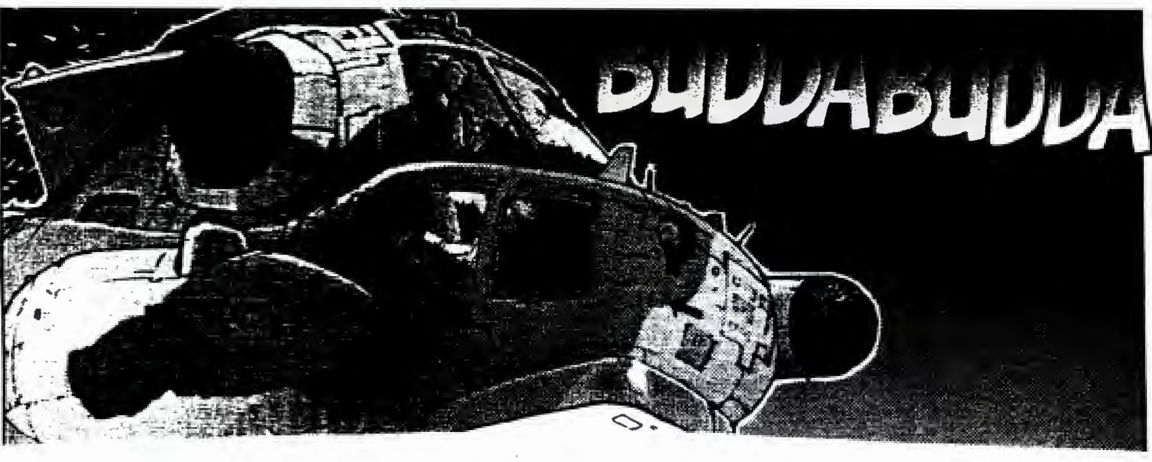
Im Infoladen Schwarzmarkt, Kl. Schäferkamp 46, können die Protokolle der Vorbereitungstreffen sowie die Diskussionsvorlagetexte im Ordner der Campvorbereitung eingesehen werden.
Das nächste Hamburger Vorbereitungstreffen wird am Freitag, den 05.04. um 19:00 im Buttclub, Hafenstr. 126 stattfinden, wer sich noch an der Campvorbereitung beteiligen will, ist herzlich eingeladen.

Amsterdam: Tag X / Räumungen

Der Tag X war angekündigt für den 12.März. Zu diesem Datum kamen die cops noch nicht, dafür heute am Dienstag, den 19.März. Früh morgens fallen 'mobiele einheden' (Sonderkommandos) in die Vijzelstraat ein - wahrscheinlich bereits so früh und für viele überraschend, da es direkt in der inner city liegt. Um 4.15 brennen Barrikaden in der Vijzelstraat. Die Bullen werden mit Steinen und Farbbomben auf Abstand gehalten, es gibt keine Festnahmen. Eine McDonalds Filiale gleich in der Nähe wird kräftig eingesaut mit Farbe und Plakaten. 5.25 Am Konigsplein zieht ein Bulle einer Hundestaffel die Knarre und richtet sie direkt auf Menschen und schreit: 'Haut ab oder ich schiesse!' - mögl., dass kurz zuvor ein Fahrzeug angegangen wurde. (Quelle: squat.net)
Die Kalverstraat, die auch direkt in der Fussgängerzone ist, erwischts auch noch in der Nacht - auch hier fliegen einige Farbbomben. Amsterdam begibt sich auf Glatteis Gegen 8.00 gibt es eine Soliaktion an der Börse in Amsterdam - diese wird mit Schmierseife und viel Öl eingeschmiert - dazu Transparente: Mit Wohnraum spekuliert mensch nicht - Amsterdam begibt sich auf Glatteis. Zeitgleich wird Maartelaarsgracht 4&6 geräumt. Das verbarrikadierte Haus wird von der Polizei mit Wasserwerfern angegriffen - ein Dutzend cops und Wannen, sowie der Wasserwerfer werden kräftig durch Farbbomben von den Dächern eingesaut - siehe einige Fotos:
http://enough.squat.net/martelaarsgracht/
Zu dem erschwert viel Rauch die Arbeit - der Ordnungshüter - selbst nachdem die cops schon im Haus eingedrungen sind, werden weiter Rauchbomben geworfen. Es gibt hier 5 Festnahmen. Danach ist die Nieuwenieuwstraat an der Reihe - hier haben sich wenige was überlegt, d.h. die Bullen räumen in minutenkürze die 40 UnterstützerInnen vorm Haus weg - d,h. sie gehen einfach in die Strasse rein und die Leute ziehen ab. Einige Fotos:
http://enough.squat.net/nieuwenieuw/

Durch die Blödheit der Bullen geht noch eine Scheibe zu Bruch, da diese mit ziemlicher Agressivität die Leute in die Innenstadt treiben und dabei in ihrer Hektik eine Scheibe einfahren ... Als letztes räumen die Bullen noch ein Haus in der Camperstraat 22, was volkommen unerwartet geschieht - zu der Zeit sind keine BewohnerInnen anwesend. Das Haus daneben kriegen sie nicht mehr hin, da sie logistische Probleme haben und verziehen sich wieder. Das war dann so im groben der Tag X bis jetzt - Stand 15:00 Uhr, am 19.03. weitere infos gibts auf: http://enough.squat.net (auch auf Englisch)





Hamburg: 129/129a Verfahren

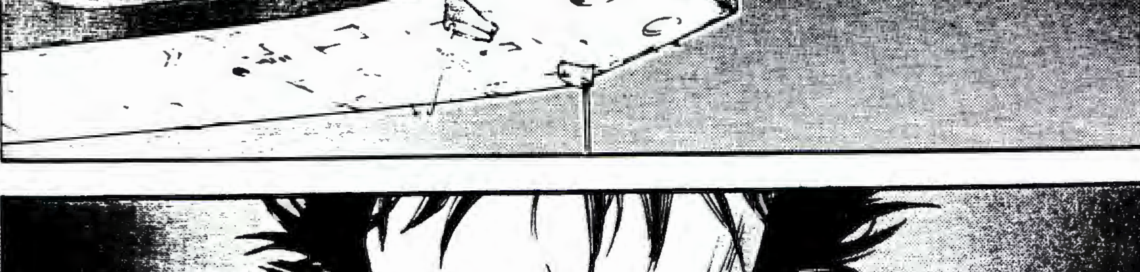
Aktionen wegen Asylbewerberleistungsgesetz gegen SPAR - Handelsgesellschaft und Busunternehmer Schönherr, der Faschisten transportiert

2 Männer aus dem ehemaligen Radikal-Verfahren vom 13.6.95 beschuldigt:
Im August 1997 brannten mehrere LKW eines SPAR-Logistik-Center Mittenwalde (südlich von Berlin). Außerdem wurden 153 Reifen zerstochen und 24 Frontscheiben beschädigt. Politischer Hintergrund: SPAR geniesst seit der Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes im Juli 1997 das Verkaufsmonopol für Waren an Asylsuchende. Sie können nur mit Lebensmittelgutscheinen und nur bei SPAR einkaufen. Natürlich viel teurer als anderswo. Ein ähnlicher Anschlag wird im März 1998 gegen ein SPAR Logistik-Center in Schenefeld bei Hamburg durchgeführt, zeitgleich gehen in Hamburg-Blankenese Scheiben des Herrn Dotterweich, Leiter des Centers in Schenefeld zu Bruch und Farbe wird angebracht. Im Kontext der Wehrmachtsausstellung brennen in HH-Schenefeld im Mai 1999 LKW des Busunternehmers Schönherr, der Faschos transportiert. Was wir heute wissen:

1. Zu SPAR-Mittenwalde:
Gegen Ralf M. wurde seit mindestens März 2000 wegen des Anschlags in Mittenwalde ermittelt. Das Verfahren wurde als §129-Verfahren (Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung) gegen eine Frau aus Berlin und ihn geführt. Bereits im Juni 1998 wurde die Wohnung der Beschuldigten Frau durchsucht und sie wurde ED-behandelt. Im Januar 2001 wurde ihr per BGH-Beschluss eine Speichelprobe entnommen, um eine DNA-Analyse durchzuführen. Hierbei stellte sich heraus, dass eine Speichel-Spur vom Bekennerschreiben, die gegebenenfalls als Indiz hätte herhalten sollen, doch keine DNA-fähigen Informationen ergab (Siehe auch Interim 519 vom 8.2.2001). Ralf M. tauchte im März 2000 in den Ermittlungen erstmalig auf. Augenzeugen wollten Personen beim Ausspähen des Anschlagsobjekts gesehen und auf ihnen vorgelegten Lichtbildern wiedererkannt haben. Unter anderem wurde ihnen ein Lichtbild von Ralf M. vorgelegt, dass dem LKA Brandenburg vom LKA Schleswig-Holstein zur Verfügung gestellt wurde, nachdem die Ermittlungen im Berliner Raum keine "brauchbaren" männlichen Beschuldigten hervorgebracht hatten. Am 20.02.2002 wurde dieses Ermittlungsverfahren gegen Ralf M. "mangels Tatnachweises eingestellt."

2. zu den Schenefelder Anschlägen:
Hintergrund für die Einführung von Ralf M. in das Verfahren zu SPAR-Mittenwalde waren offenbar die Ermittlungen zu den Schenefelder Anschlägen. Seit mindestens Februar 2000 wird deshalb nämlich gegen die beiden Hamburger Ralf M. und Andeas E. nach §129a (Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung) ermittelt. Dieser Tage flogen ihnen Briefe der Generalbundesanwaltschaft (BAW) ins Haus, aus denen hervorgeht, dass ihre Telefone (u.a. ein Arbeitgeberanschluss) ein Jahr lang abgehört wurden. Ansatzpunkte und Umfang dieser Ermittlungen sind bisher nicht bekannt. Für die Einsicht der Akten verlangt die BAW von den AnwältInnen die Unterschrift unter eine "Verpflichtungserklärung zur Geheimhaltung einer Verschlusssache". Grund für dieses unübliche Vorgehen sollen Teile der Akte sein, in denen "amtlich geheim gehaltene Angelegenheiten" ausgeführt sind. Es ist also davon auszugehen, dass gegen weitere Personen ermittelt wird (allein schon um eine notwendige dritte Person zur Vereinigung zu finden) und dass in diesem Zusammenhang auch weiterhin Observationen, Telefonüberwachungen und vielleicht auch Durchsuchungen stattfinden. Anna und Arthur halten das Maul!!! Wir melden uns, wenn es was Neues gibt. Soligruppe Hamburg c/o Infoladen Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg März 2002







Eröffnung der Schill-Filiale Hannover !

Der Niedersachsen-Koordinator der Schill-Partei, Horst Köpken mit Bürositz in Hildesheim, spricht bereits von 500 Mitgliedern landesweit. Noch vor dem ersten Ortsverband gründete sich eine Schill-Fraktion im grössten kommunalpolitischen Gremium Niedersachsens. So sitzen in der Regionsversammlung der "Wir für Hannover"-Vorsitzende Karl-Heinz Raedecker und der Ex-CDU Abgeordnete und Polizeihauptkommissar Dirk Salzmann. Auf der Gründungsveranstaltung soll Lutz Rotermund zum Vorsitzenden des Ortsverbandes Hannover gewählt werden. Ebenfalls zugegen sein dürften der ehemalige Kreisvorsitzende der Republikaner, Gerhard Wruck, und Hans-Joachim Selenz, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Salzgitter AG, dem zweitgrößten deutschen Stahlproduzenten aus Peine, der die Aufgabe hat, den Landesverband Niedersachsen aufzubauen.

Ausrichtung der Schill-Partei

Die Schill-Partei versucht sich als eine Gruppierung zwischen der CDU und dem offenen Neofaschismus zu etablieren. Dabei vermeidet sie das öffentliche Bekenntnis zu völkischem Nationalismus und setzt auf die populistische Schiene. Inhaltlich vertritt sie eine aggressive Mixtur aus Standortpolitik und repressivem Kontroll- und Sicherheitsstaat. Schill knüpft an einem Staatsverständnis an, welches sich auf die Schaffung von "Sicherheit" konzentriert; in erster Linie durch mehr Polizei, durch Sicherheitsdienste und durch den verschärften Ausbau einer Überwachungsinfrastruktur. Schill strebt eine Gesellschaft an, in der überkommene gesellschaftliche Hierarchien wieder als Selbstverständlichkeit hingenommen werden, in denen alles den Wirtschaftsinteressen untergeordnet ist und in der Disziplin und Gehorsam wieder die höchsten, von Eltern und Schule zu vermittelten Werte sind. Einer der Hauptfeinde sind für ihn "die 68er", die den Verfall der "guten alten Werte und Tugenden" bewirkt haben. Wer diesem Weltbild entgegensteht, soll mit Repression in die vorgegebenen Bahnen gezwungen werden oder im Knast verschwinden. AusländerInnen, die gegen diese Ordnung verstoßen oder aber von der Sozialhilfe zu leben gezwungen sind, will Schill abschieben lassen. Jede Kritik an diesem Weltbild soll unterdrückt werden. Minderheiten dürfen, ginge es nach Schill, in der politischen Öffentlichkeit keine Rolle spielen, geschweige denn überhaupt ihre bürgerlichen Rechte, beispielsweise das Demonstrationsrecht, wahrnehmen. Seine GegnerInnen sind für ihn "Chaoten" und "gewalttätiges Pack". Diese reaktionären Ziele erfordern vor allem repressive Disziplinierung auf allen Ebenen der Politik und richtet sich wahlweise gegen MigrantInnen oder gegen "widerspenstige" Jugendliche, Drogenabhängige und vorallem gegen diejenigen, die sich in der "sozialen Hängematte ausruhen". Sie, so soll der Öffentlichkeit glaubhaft gemacht werden, seien Schuld an der gesellschaftlichen Misere Was unter anderem die Funktion hat, die wahren Ursachen von Kriminalität, Armut, Flucht oder Drogenkonsum zu verschleiern, die ja eben auch in der immer brutaleren Ausbeutung von Mensch und Natur zu Gunsten der Steigerung von Profiten liegen. Folglich ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass sie Schill-Partei von Faschisten begeistert begrüßt wird. So lobt die Rechtspostille "Junge Freiheit" den "deutschen Haider" überschwenglich, sie sei eine "wählbare Alternative". Das Aktionsbüro Norddeutschland um den Nazi-Kader Christian Worch griff erfreut den Plan Schills auf, eine "BürgerInnenwehr" zu errichten und ruft unter dem Motto "Nationalisten in Schill`s Bürgerwehr" dazu auf, sich ihr anzuschließen

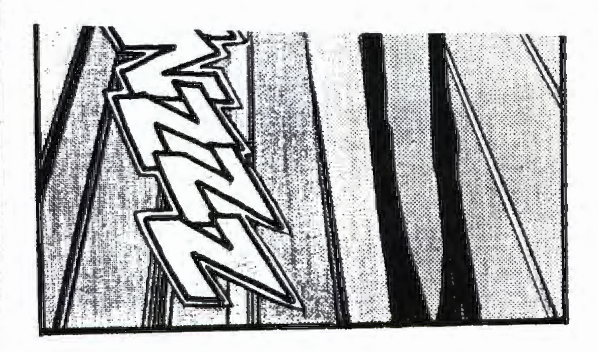
Antifaschistische Aktion Hannover





Halle: Schill, Marseille und ca. 20 Parteimitglieder unter Polizeischutz vor der Reilstrasse in Halle

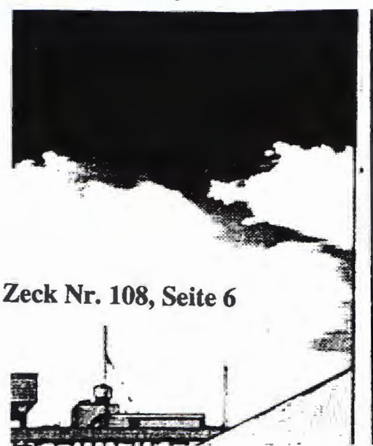
Am 20.03.02 kam es vor dem Haus Reilstrasse 78 in Halle zu einer populistischen Wahlveranstaltung der Partei Rechtsstaatliche Offensive des Hamburger Innensenators Ronald Schill. Zunächst wurden die NutzerInnen des Objektes auf eine größere Gruppe Menschen aufmerksam, die gegen 12.00 Uhr unter größerem Polizeiaufgebot Plakate der Schill-Partei entlang der Reilstrasse anbrachten. Einige NutzerInnen versuchten mit den Angehörigen der Schill-Partei und der Polizei ins Gespräch zu kommen, um den Grund der Präsenz zu erfahren, eine Auskunft wurde allerdings verweigert. In den Seitenstrassen stand Bereitschaftspolizei, die einem vorbeigehenden Jugendlichen mit Gummiknüppeln drohte. Gegen 13.00 Uhr fuhren vor dem Zoo, vor dem mittlerweile die Anhänger der PRO sowie zahlreiche Polizeibeamte in Zivil warteten, einige Nobelkarossen vor, denen Ronald Schill, Ulrich Marseille sowie Kamerateams und Bodyguards entstiegen. Die Menschengruppe bewegte sich bis vor die Reilstrasse 78, wo sich Schill und Marseille vor den Kameras aufstellten, um eines ihrer Wahlkampfthemen zu propagieren. Es war von kriminellen Chaoten, die als Minderheit die Mehrheit der Bevölkerung terrorisieren die Rede, die ins Gefängnis gehörten, von Schmarotzern, die arbeiten gehen sollen usw. Einige anwesende Jugendliche äußerten daraufhin lautstark ihren Protest. Erneut wurde deutlich, dass der Schillpartei keine Parole zu platt ist, um Minderheiten auszugrenzen, pauschal zu verunglimpfen und zu kriminalisieren, egal ob es sich um MigrantInnen, sozial Schwache oder Linke handelt. Die NutzerInnen der Reilstrasse 78 wehren sich gegen eine Kriminalisierung ihrer Arbeit und die populistische Verunglimpfung als „gewalttätige Chaoten". In der Reilstrasse 78 wird kulturelle und politische Arbeit gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus gemacht sowie versucht, interkulturelle Begegnungen zu ermöglichen. Wir lassen uns nicht als Projektionsfläche für einen Wahlkampf missbrauchen, der darauf abzielt rassistische Ressentiments zu schüren. Die NutzerInnen der Reilstrasse 78 KubultubuRebell e.V.



eine klare Trennungslinie zwischen sich und die Bahamas ziehen !

zugleich eine Kritik an den Bärendiensten des kba in zeck 106 zu der Veranstaltung einer Gruppe „Revolutionärer Antifaschisten“ im Kölibri am 17.1.02 Laut Ankündigung der Veranstaltung sollte es um die Linke und den 11.9. gehen, eingeladen waren ein Redakteur und eine Schreiberin der „bahamas“. Es gab 2 Gründe, diese Veranstaltung platzen zu lassen, dankenswerterweise wurde sie schon vorher vom Kölibri abgesetzt. Die „Bahamas“ haben schon lange vor dem 11.9. als Diskussionspartner für irgendetwas verspielt, seit sie sich nämlich in einer (leider vorher auch schon ätzenden) Debatte um Vergewaltigung in Berlin zu dem (leider) immer wiederkehrenden Thema 'Vergewaltigung in der Szene' mit offensiv sexistischen und patriarchalen Ausfällen exponiert haben. Anfang der ganzen Geschichte war 1999 ein Flugblatt „Florian ist ein Vergewaltiger“, dann gab es lange Diskussionen darum, wie die AAB sich zu diesem Florian zu verhalten habe und über eine Aktion von FrauenundLesbenzusammenhängen, und da hinein startete die „Bahamas“ einen backlash mit einer Dekonstruktion des Begriffes „Vergewaltigung“, der mit Lust und Verführung vernebelt wurde. Das Selbstbestimmungsrecht der Frauen in Sachen Vergewaltigung wird als Strategie einer „infantilen Inquisition“ (nachzulesen ist das, drum muß das hier nicht nochmal ausgebreitet werden, in dem Reader zur Nachbereitung des „Global Action - Local Congress“ aus Februar 2002) denunziert. Das übliche „Bahamas“-Genörgel am pc-Verhalten der Linken und ihrer Lustfeindlichkeit dient dazu, Unzufriedenheiten aufzuquirlen, aber nicht um, Widersprüche aufzulösen: Kritik wird jedenfalls nicht gegen Vergewaltiger in Stellung gebracht, sondern gegen die, die Vergewaltigung kritisieren. Diskussionen um die sexistische Position der „Bahamas“ liefen übrigens nicht nur in Geheimzirkeln, sondern sind z.T. nachzulesen in diversen interims und abzulesen an den Entscheidungen diverser Buch/Infoläden, die „Bahamas“ nicht mehr zu vertreiben. Hat der kba davon noch nie was gehört - oder ist's ihm wurscht, weil er ja bloß den Antisemitismus diskutieren möchte? Mit solchen Gestalten gibt es nichts zu diskutieren: ihre Positionen sind nicht nur jenseits des Verhandelbaren, sondern anzugreifen. In linken Zusammenhängen, Räumen, Veranstaltungen haben sie genausowenig was zu suchen wie andere Täter und TäterschützerInnen und überhaupt Sexisten. Zu der Position der „Bahamas“ zu den Attacken am 11.9. ist ebenfalls in dem Reader einiges an Zitaten zusammengestellt. Die „Bahamas“ betreibt Kriegspropaganda für die Herrschenden und greift die an, die die expansive Kriegspolitik der USA nicht unterstützen. In dem Ankündigungsflugblatt für die Veranstaltung war schon der Versuch zu entdecken, jede Opposition zum Krieg der USA und ihrer Verbündeten zu diskreditieren, indem ein völkisch-deutscher und damit auch antisemitischer Kontext behauptet wurde. Das ist der Fettnapf, in den zu tappen die allermeisten Angst haben, und deswegen funktioniert diese Taktik. Es gibt viele gute Gründe, gegen diesen Krieg der globalen Zurichtung zu sein - auf die kommt es hier aber gar nicht an: sondern darauf, daß der Antisemitimus in der Linken mit Linken zu diskutieren ist und nicht mit Kriegstreibern und Sexisten, die sich sowieso außerhalb eines Konsenses stellen, den Linke als links bezeichnen: Herrschaftsstrukturen aufzubrechen, Rassismus und Patriarchat zu bekämpfen. In der eigenen Praxis der Linken haperts damit zwar oft, auch beim Sexismus, den müßte die linke Szene genauso wie Antisemitismus schon mal klar gekriegt haben. Auf Plena hockt der eine oder die andre rum, von deren Leichen im Keller heute niemand mehr weiß oder wissen will - aber die Auseinandersetzungen müssen wir mit denen führen, die mit was Neuem vorankommen wollen und sonst mit niemand. Mit Kriegstreibern ist über Krieg und Antisemitismus genausowenig zu reden wie mit Sexisten über Vergewaltigung und Patriarchat. Da gibt es keine meinungspluralistischen „falsche Argumente für richtige Befunde“, weil schon die zugrundeliegende Analyse falsch ist. Darin fehlen nämlich die Selbstbestimmungsrechte: der Frauen, der Völker - und die sind auch mit Diskursen über Identitätspolitik, Gender, Nationalismus von Befreiungsbewegungen etc. nicht abgeschrieben. In den Texten der „Bahamas“ finden sich nur wenig Fakten, aber viel Polemik, und Ironie, die Distanz schaffen soll. Sie verelenden in einer postmodernen Manier, die Versatzstücke aus Diskussionen in der Linken neu zusammensetzt und dabei deren Sinn entleert oder sogar umdreht. Suggestiv-sprachlich werden gar finstere Zeiten - in die ja wohl niemand zurückgestoßen werden will - assoziiert: bei der Vergewaltigungsdiskussion ist es über den Begriff der Inquisition, also das mit Folter erpreßte Geständnis (wie wenn nicht Vergewaltigung Folter wäre, sondern ihre Thematisierung) die Zeit vor der Aufklärung. In einem Flugblatt zu der geplatzten Veranstaltung weist Vokabular aus dem nationalsozialistischen Sprachgebrauch in Richtung „völkisch“ und „Nazis“ (wie wenn sich Antisemitsimus so einfach erklären ließe). Volkssturm fällt gleich mehrfach, und es macht ihnen nichts aus, wenn ein Begriff wie Volkspädagogik, der aus der Befreiungstheologie kommt, dazwischen rutscht, Hauptsache es steht „Volk“ davor. Rauskommen soll dann bei der Assoziationskette: scene = deutschvölkisch = Nazis = Antisemiten (wir schreiben das mal in der männlichen Form hin, weil die „Bahamas“ ja auch nur die benutzen). Aber um Antisemitismus oder eine konstruktive Diskussion um irgendwas in oder mit der Linken geht es gar nicht: am Ende kommt nämlich immer raus, daß Antisemitismus auch eine pro-israelische und zionistische Position beinhalten soll. Das zeigt sich schon am Wein, in vino veritas: da geht es um Wein „aus dem Golan und den besetzten Gebieten“ (Zitat aus dem Flugblatt zur geplatzten Veranstaltung). Mal abgesehen davon, daß auch die Golanhöhen von Israelis besetzt sind und die merkwürdige Differenzierung das verschwinden läßt: Antisemitismus hat mit Wein der Siedlungsregimes aus besetzten Gebieten in Syrien so wenig zu tun wie der Verzicht auf Türkeiurlaub mit Rassismus. Ziel der Bahamas ist, über die Kriegshetze gegen „islamische“ Länder (noch nichtmal islamistische steht da-zitiert aus: Verteidigung der Zivilisation) und PalästinenserInnen, die über den Vorwurf des Antisemitismus legitimiert werden soll, den Zionismus in der Linken zu verankern

die 4 marinas





Antwort der Gruppe Revolutionärer Antifaschisten auf die Stellungnahme von „kba" in der letzten ZECK

In der ZECK Nr. 106 ist eine mit dem Kürzel „kba" unterschriebene Stellungnahme zur Absage unserer Veranstaltung im „Kölibri" durch eben jenes „Kölibri" erschienen. (1)

Was uns zuerst auffiel: es ist ein fast schon als angenehme Überraschung zu bezeichnendes Ereignis, daß überhaupt noch jemand seine oder ihre Kritik an antideutschen Positionen in Form von inhaltlichen Argumenten formuliert und eine Diskussion einfordert.

Allerdings verfliegt dieses Gefühl auch schon wieder, wenn man sich den Inhalt des Geschriebenen anschaut. Denn kba macht sich zum tadelnden aber verständnisvollen, jedenfalls immer höchst ausgewogen urteilenden Fürsprecher einer Szene, der er im Prinzip nur Gutes unterstellt und denkt deswegen keinen Anflug von Erkenntnis kritisch zu Ende.

So bringt er es fertig, der Szene einerseits richtigerweise vorzuwerfen, daß sich in Bezug auf Antisemitismusvorwürfe „zunehmend eine politische Kultur der Nichtauseinandersetzung und Diskussionsvermeidung" durchsetzt und sie gleichzeitig vor allzu harscher Kritik in Schutz zu nehmen, weil dort lediglich „unfreiwillig (!) an der Mythenbildung (!) mitgestrickt [wird], dass es in der autonomen bzw. antifaschistischen Linken (Hamburgs) kein Interesse an der Auseinandersetzung mit Antisemitismus gebe oder es sogar aktiv verhindert werden solle". Das Interesse bestehe also zwar, aber die Diskussion wird vermieden, was dann vermutlich an der „zuweilen platten Polemik" der Antideutschen liegt.

Daß aber nichts als Polemik angebracht sein könnte, wenn z.B. die ZECK, nachdem islamistische Selbstmordkommandos in ihrer antisemitischen Raserei ein 110-stöckiges Hochhaus in einen Haufen aus Trümmern und Leichen verwandelten, mit einem US-Actionfilm auf dem Titelbild aufwartet und den Opfern mitteilt: „Sowas kommt von sowas!", das habt ihr nun davon, kommt kba nicht in den Sinn.

Und wenn so eine unmenschliche Widerwärtigkeit bei nachträglicher Betrachtung kein „Ausrutscher" war, sondern das Innenleben nahezu der gesamten Linken treffend widergab und genau deswegen niemand den Skandal bemerkt, den so etwas darstellt, dann spricht das dafür, nicht „differenziert" die „Mißstände" zu „problematisieren", sondern frontal anzugreifen.

Wie auch immer, im Großen und Ganzen läuft kba's Kritik an unserem Flugblatt und antideutscher Kritik allgemein auf zwei Punkte hinaus:

1. Die Antideutsche Kritik ist nur eine von vielen Varianten der Verleugnung der Singularität des Holocaust, weil auch Nicht-Deutschen wie z.B. Islamisten ein antisemitischer Vernichtungswille unterstellt wird, welcher wiederum dem Antisemitismus der Deutschen vergleichbar sei.

2. Weil ein Unterschied zwischen völkischem und linkem Antisemitismus von den Antideutschen nicht gemacht wird, ist ihre Kritik der Totalitarismustheorie gleichzusetzen.

Schauen wir also, was dran ist an den Vorwürfen.

Singularität

Nachdem man Antideutschen jahrelang vorwarf, ihre Positionen seien germanozentriert und würden auf diese Weise auf das Abarbeiten ihrer Schuldgefühle für das eigene Deutschsein abzielen (Stichwort „negativer Nationalismus"), dreht kba diesen Vorwurf nun um: Die Antideutschen seien nicht germanozentriert genug, sie versuchten den eliminatorischen Antisemitismus auf Nicht-Deutsche zu übertragen und so „Schuldabwehr" zu betreiben. (2) Damit liegt er voll im Trend, denn immer wenn auf den mörderischen Charakter des Antisemitismus z.B. in den palästinensischen Autonomiegebieten und der daraus folgenden Notwendigkeit der Solidarität mit Israel hingewiesen wird, wird genau dieser Vorwurf seit einiger Zeit regelmäßig in Anschlag gebracht, nicht selten von Leuten, die sich dann merkwürdigerweise in ihrer bewegungspolitischen Praxis von keinerlei Deutschlandkritik beeindrucken lassen. (3)

Was beide Varianten des (oftmals interessierten) Mißverständnisses der Singularität des deutschen Menschheitsverbrechens verbindet, ist, daß dem Hinweis auf die aktuelle Gefahr die Berechtigung abgesprochen wird; im ersten Fall dem auf die von Deutschland ausgehende Gefahr, im zweiten dem auf diejenigen Gesellschaften, die es diesem Land gleichtun wollen. Jedenfalls kann Adornos kategorischer Imperativ „alles Denken und Handeln so einzurichten, das Auschwitz sich nicht wiederhole, nichts Ähnliches geschehe" dann mühelos als Schnee von gestern bzw. Leugnung der Singularität des Holocausts abgetan werden.

Und so fragt kba, in der festen Überzeugung, die Antideutschen damit der Relativierung der deutschen Schuld zu überführen, „welchen Stellenwert die Shoah, also die Vernichtung des europäischen Judentums durch Deutsche, in den antideutschen Antisemitismuskonzepten hat". Ihm sei geantwortet.

Die Judenvernichtung durch die Deutschen ist Dreh- und Angelpunkt antideutscher Kritik. Die planmäßige Vernichtung von sechs Millionen Menschen *um der Vernichtung willen* ist mit keinem geschichtlichen Ereignis der menschlichen Zivilisation annähernd vergleichbar. Auschwitz markiert den historischen Punkt, seit dem von einem scheinbar gesetzmäßig verlaufenden zivilisatorischen Fortschritt in der Geschichte nicht mehr geredet werden kann, der bis dahin – bei allen Scheußlichkeiten, die die menschliche Geschichte bereithielt – mit der Produktivkraftentwicklung einherging. Vielmehr kann seitdem – als Konsequenz der Ambivalenz der bürgerlichen Aufklärung und ihrer Revolution, die den Menschen zwar von der Beherrschung durch die Natur emanzipierte, sie dafür aber ebenso bewußtlos der „zweiten Natur" des Kapitalismus unterwarf – der Kommunismus nicht mehr als alleinig denkbares Ergebnis des jahrtausende währenden Zivilisationsprozesses mißverstanden werden und der totale Rückfall in die Barbarei scheint bei weitem wahrscheinlicher.

Im Nationalsozialismus erreichte diese in der bürgerlichen Gesellschaft selbst angelegte Entwicklung hin zu ihrem eigenen Untergang in Gemeinschaft und Vernichtung zum ersten Mal ihre vollendete Form. Die Deutschen tilgten alle fortschrittlichen Elemente der bürgerlichen Gesellschaft, und vollendeten so die Transformation der Zivilisation in die Barbarei: die Aufhebung jeglicher Individualität (sei sie im Kapitalismus auch noch so entstellt) in der totalen Gemeinschaft, die von den Deutschen praktizierte freiwillige Unterordnung jedes Partikularinteresses unter die Nützlichkeit für Volk und Staat, die Mobilisierung aller gesellschaftlichen Kräfte und Potenzen für die Zwecke des nationalen Vernichtungsprojektes. Sie vollzogen die Verschmelzung von Volk und Staat zum Volksstaat und die dafür notwendige projektive Auslagerung der (natürlich nach wie vor existenten) innergesellschaftlichen Konflikte in den äußeren Feind, den Juden, der in diesem Wahnbild vollständig vernichtet werden muß, um die volksgemeinschaftliche Harmonie zu erreichen.

Der Holocaust ist und bleibt eine deutsche Tat und ist beispiellos in der gesamten Menschheitsgeschichte, also singulär. Sinularität heißt aber eben gerade *nicht*, daß ein erneuter Versuch der Vernichtung der Juden unmöglich ist oder nur die deutsche Gesellschaft in der Lage wäre, dies zu tun, denn der der Vernichtungstat zugrundeliegende eliminatorische Antisemitismus ist nicht Produkt eines „Volkscharakters" der Deutschen oder ein nur der deutschen Gesellschaft innewohnendes Phänomen (ebenso wenig wie die Rede von „den Deutschen" eine über ideologische Konstellationen (4) hinausgehende Wesensverwandschaft der sich selbst unter diesem Begriff zusammenfassenden Menschen behauptet).

So bleibt die Frage nach den Zigtausenden Ukrainern, Letten, Kroaten, Polen, Rumänen, Bosniern und vielen mehr, die sich im Zweiten Weltkrieg unter deutscher Besatzung freiwillig am Vernichtungskrieg beteiligten und ihre jüdischen Nachbarn erschlugen, erschossen, an die Deutschen auslieferten oder als „Hilfswillige" (so der Nazi-Jargon) direkt der Wehrmacht oder SS

unterstellt waren. Es bleibt z.B die Frage nach dem damaligen Mufti von Jerusalem, Amin el-Husseini, der im Winter 1943 – also als der Holocaust bereits in vollem Gange war – bei Adolf Hitler in Berlin zu Gast war und von dort aus folgendes erklärte: „Araber und Mohammedaner! ... Das, was die Deutschen uns annähert, ist die Tatsache, daß Deutschland in kein arabisches oder islamisches Land eingefallen ist und seine Politik seit altersher durch Freundschaft den Mohammedanern gegenüber bekannt ist. Deutschland kämpft auch gegen den gemeinsamen Feind, der die Araber und Mohammedaner in ihren verschiedenen Ländern unterdrückte. Es hat die Juden genau erkannt und sich entschlossen, für die jüdische Gefahr eine endgültige Lösung zu finden, die ihr Unheil in der Welt beilegen wird." Daß der damalige geistige und weltliche Führer der Palästinenser seinen Beitrag dazu leisten wollte und deshalb auf dem Balkan eine muslimische SS-Division aufbaute, verwundert da nicht mehr.

Es bleibt weiterhin – um in die Gegenwart zu wechseln – die Frage nach den fast täglich stattfindenden Selbstmordattentaten in Israel, bei denen Menschen jeden Alters und ungeachtet ihrer gesellschaftlichen Funktion gezielt abgeschlachtet werden, einzig weil sie Juden sind. Und es bleibt die Frage nach den Begründungen dafür, die im palästinensischen Staatsfernsehen verbreitet werden, wo z.B. ein Vertreter des von der Autonomiebehörde ernannten „Fatwa-Rates" im Oktober 2000 verkündete: „Kein Jude schreckt vor irgendeinem vorstellbaren Bösen zurück... Sie sind alle Lügner! ... Oh Brüder im Glauben, die Kriminellen, die Terroristen sind die Juden, die unsere Kinder geschlachtet haben, sie zu Waisen, unsere Frauen zu Witwen gemacht haben und unsere heiligen Plätze und geweihten Stätten entweiht haben. ... Sie sind diejenigen, die geschlachtet werden müssen ... Habt kein Mitleid mit den Juden, egal, wo ihr seid, in welchem Land auch immer. Wo immer ihr sie trefft, tötet sie! Wo immer ihr seid, tötet Juden und Amerikaner!".

Es bleibt die Frage nach islamistischen Vereinigungen wie der Organisation „Milli Görüs", die meint, daß „der jüngste Tag erst dann anbrechen [wird], wenn auch der letzte Jude von der Bildfläche verschwunden ist", also „der Herrschaft einer handvoll stinkender und ängstlicher Juden ein Ende" bereitet ist (so der kürzlich verbotene Verein „Kalifatstaat"). Es bleibt die Frage, warum solche Äußerungen nicht die Absonderungen randständiger Spinner darstellen, sondern in den islamischen Staaten in der offiziellen Politik, in den Freitagsgebeten und den Massenmedien zu finden sind, so zum Beispiel wenn der amtierende syrischen Außenminister zu Protokoll gibt, daß er, wenn er einen Juden sehe, ihn töten würde, und wenn das jeder täte, die Welt ein Problem weniger hätte. Solche Aussagen, stellen eben keine Ausnahme dar, sondern sind die traurige Regel, die durch die Tatsache, daß „Mein Kampf" seit Jahrzehnten in den arabischen Bestsellerlisten ganz oben steht (und auch vom ehemaligen Staatspräsident Ägyptens Abd el-Nasser gepriesen wurde), untermauert wird.

All diese Phänomene der *weltweiten* Existenz des eliminatorischen Antisemitismus können mit der These von einem exklusiv deutschen Vernichtungswillen nicht erklärt werden – außer man versteigt sich auf die ebenso verharmlosende wie lächerliche Behauptung, es sei nicht so gemeint, wenn einer außerhalb der deutschen Landesgrenzen „Tod den Juden" brüllt bzw. in dieser Absicht zur Tat schreitet oder es mache einen substantiellen Unterschied, wer da brüllt und mordet.

Außerdem: Wer einen wesenhaften Unterschied zwischen der überall auf der Welt existenten Vernichtungsdrohung gegen die Juden, die in den islamischen Staaten momentan ihren Höhepunkt erreicht, und der tatsächlichen Umsetzung dieses Vorhabens durch die Deutschen konstruieren will, muß auf jede allgemeingültige gesellschaftliche Erklärung des Antisemitismus verzichten und kann dann wahlweise einen „deutschen Sonderweg" behaupten, mit dem die bürgerliche Gesellschaft ursächlich nichts zu tun habe, oder gleich von einem „deutschen Wesen" fabulieren.

Im erstgenannten Fall wäre dieser Sonderweg mit der Etablierung „normaler" bürgerlicher Verhältnisse durch alliierte Kampfbomberverbände hierzulande abgeschlossen und Antifaschismus hieße, Otto Schily beim Versuch des NPD-Verbotes zu unterstützen. Nicht zufällig darf die These vom „Sonderweg" der „verspäteten Nation", der durch die Einführung des demokratischen Verfassungsstaates ein glückliches Ende gefunden habe, auf keiner Sonntagsrede irgendeines deutschen Spitzenpolitikers fehlen: sie ist der Gründungsmythos der BRD.

Wer mit dieser Ausgangsposition doch noch auf Spezifika der deutschen Gesellschaft beharrt, wo doch alle Formen demokratischer Herrschaft existieren, dem bleibt höchstens, mit Verweis auf das völkische Staatsbürgerrecht eine immer noch unzureichende „Normalisierung" anzuprangern und sich so zum demokratieverliebten Anwalt des besseren deutschen Staates zu machen. Oder das Fortbestehen von deutschem Antisemitismus und Rassismus und das offenkundige Bedürfnis nach Versöhnung mit der nazistischen (Groß-)elterngneration müssen als Resultat eines unveränderlichen Wesens der Deutschen behauptet werden. (5)

Wer solchen Unsinn nicht als Erklärung akzeptiert, kommt also nicht umhin, den Ursprung deutscher Barbarei im Besonderen in der bürgerlichen Gesellschaft im Allgemeinen zu suchen: „Keineswegs ist der totalitäre Antisemitismus ein spezifisch deutsches Phänomen. Versuche, ihn aus einer so fragwürdigen Entität wie dem Nationalcharakter, dem armseligen Abhub dessen, was einmal Volksgeist hieß, abzuleiten, verharmlosen das zu begreifende Unbegreifliche. Das wissenschaftliche Bewusstsein darf sich nicht dabei bescheiden, das Rätsel der antisemitischen Irrationalität auf eine selber irrationale Formel zu bringen. Sondern das Rätsel verlangt nach einer gesellschaftlichen Auflösung, und die ist in der Sphäre nationaler Besonderheit unmöglich." (Horkheimer/Adorno)

Nicht ein aus der (Un-)Logik bürgerlicher Vergesellschaftung herausfallender „Sonderweg" charakterisiert also die barbarische Geschichte und Gegenwart der deutschen Nation, sondern die Vorreiterrolle, die dieser Staat bei der weltweiten und sich verschärfenden Regression dieser Gesellschaft gespielt hat und auch als demokratischer Verfassungsstaat mit seinem Kampf für das „Selbstbestimmungsrecht der Völker" und die urwüchsigen Kulturen weiterhin spielt. Und das ist der Grund, warum für revolutionäre Kritik eine *anti-deutsche* Position auch nach dem Ende des Nazifaschismus unverzichtbar ist.

Totalität, Ideologie und Antisemitismus

Unsere Gegenüberstellung sich zum Verwechseln ähnlich klingender Zitate aus linken Flugblättern und Presseerklärungen von Neonazis bezeichnet kba als „totalitarismustheoretisch". Im Gegensatz zur Szenemehrheit leugnet er den antisemitischen Charakter der in unserem Flugblatt abgedruckten linken Veröffentlichungen gar nicht, er will vielmehr einen „Unterschied zwischen völkischem und linken Antisemitismus" betonen, dessen Nichtbeachtung eben praktizierte Totalitarismustheorie sei.

Was kba hier offenkundig verwechselt, ist die **Theorie des „Totalitarismus"** und die **Kritik gesellschaftlicher Totalität.** Nicht eine halluzinierte Gleichheit kommunistischen und faschistischen Gedankenguts ist die Ursache für die in unserem Flugblatt aufgezeigten Übereinstimmungen zwischen der deutschen Linken und den deutschen Nazis, sondern die schlichte Tatsache, daß die von der Linken vertretenen Positionen mit kommunistischer Gesellschaftskritik rein gar nichts zu tun haben, weil sie bürgerliche Ideologie reproduzieren - und zwar deren barbarischste Variante. Ideologie ist weder Manipulation durch die herrschende Klasse, noch ein bloßer Irrtum, noch hat sie ihre Ursache in Diskursen, wäre also als reiner Denkfehler zu werten. Ideologie ist das von der unverstandenen Realität der Wertvergesellschaftung geschaffene „falsche Bewußtsein" (Marx). Sie hat ihre Ursache in der mit dem Auge und dem Alltagsverstand nicht begreifbaren Herrschaft abstrakter Prinzipien über den Menschen und durch ihn hindurch. Dies ist die Grundlage des antisemitischen Wahns, der so universell verbreitet ist, wie die falsche Gesellschaft selber.

Der Kapitalismus, die totale Wertvergesellschaftung, ist eine „Gesellschaftsformation, worin der Produktionsprozeß die Menschen bemeistert" (nochmal Marx), ohne daß es diesen bewußt ist, in der die gesellschaftlichen Verhältnisse also nicht dem subjektiven Willen und bewußten Handeln der Menschen oder der herrschenden Klassen entspringen. Vielmehr können diese nur versuchen, sich den von den blind wirken-

AUF JEDEN FALL KANNST DU JETZT DEN STEIN, DEN SIE INS ROLLEN GEBRACHT HABEN, NICHT MEHR AUFHALTEN. WOMÖGLICH

O.K. SERGIO! WIR MÜSSEN ALSO ALLES ABBRECHEN UND DIE FINGER DAVON LASSEN!...

IHR SEID VERRÜCKT! DENKT AN UNSERE MISSION! UND VERGESST LOUIS UND AARON NICHT, DIE BEREITS VORBEREITUNGEN TREFFEN...

den Gesetzen der Wertverwertung gesetzten Anforderungen anzupassen, was aber keineswegs die Garantie auch nur für das nackte Überleben des Individuums, des Unternehmens oder des Staates zur Folge hat. Weil für das Subjekt die Allgemeinheit der Warenförmigkeit und der Konkurrenz nicht sinnlich erkennbar ist, sondern immer nur ihre zumeist negativen *Ergebnisse* gespürt werden, in Form von Zwang, Angst, Gewalt und Entfremdung, spinnt der an der undurchschauten Realität verzweifelnde Verstand sich wahnhafte Gründe für die ständigen Zumutungen zusammen. Für das immer wieder erlebte Gefühl, ferngesteuert zu werden, ständig zu Handlungen gezwungen zu werden, die man freiwillig nicht tun würde, muß dann einer erfunden werden, der die Fernsteuerung bedient.

Das falsche Bewußtsein, die bürgerliche Ideologie, kann die Folgen der kapitalistischen Gesellschaft stets nur als Ergebnis bewußter Handlungen von Menschen wahrnehmen. Nicht die Verhältnisse, sondern ihr phantasierter Mißbrauch durch habgierige Individuen oder unheimliche Mächte sind dem paranoiden Bürger Ursache all der negativen Folgen seiner eigenen Gesellschaft. All die zumeist verheerenden Auswirkungen dieser Gesellschaftsform liegen dann logischerweise nicht in der kapitalistischen Produktionsweise, der Zwangsgemeinschaft des nationalen Kollektivs, der Herrschaft von Staat und Recht über den Einzelnen, sondern in dem Fehlverhalten einzelner, die dem rechtschaffenden Bürger, dem arbeitenden Volk und der Ordnung im Allgemeinen nur Böses wollen. All das, womit er sich identifiziert - der Staat, das Volk, die Arbeit, die angestammte Kultur - erscheinen als Opfer einer hemmungslos brutalen und grenzenlos einflußreichen Machtqlique: **Die Herrschaft wird gegen halluzinierte Volksfeinde verteidigt.** Dieser Machtqlique werden nicht zufällig all die Eigenschaften zugeschrieben, die den Wert auszeichnen: sie ist anonym, allmächtig und räuberisch und hat nichts im Sinn, als Mensch und Natur auszubeuten.

Was dieser Wahn mit der Feindbestimmung der ZECK-Redaktion (als einem beliebigen und für die Linke repräsentativen Beispiel) - „Der Feind der Völker ist immer noch der herrschende Imperialismus" – zu tun hat, liegt auf der Hand.

Linker Antisemitismus

„Wir stellen fest, daß sich mit ziemlicher Sicherheit unter den Opfern auch Täter befanden: Menschen, die in Ausführung ihrer dortigen (beruflichen) Tätigkeit Armut, Konkurrenz und Elend verursachten." (Gruppe Lotta Zwo in einem Flugblatt über den Anschlag)

Wenn den Getöteten eine Mitschuld an ihrer Ermordung untergejubelt wird, indem ihnen vorgeworfen wird, den Kapitalismus *erzeugt* zu haben, dann ist das nichts anderes, als der antisemitische Affekt, übersetzt in Linkssprech. Das in diesem Satz und all den anderen („Wer Wind sät, wird Sturm ernten") mitklingende Verständnis für die Attentäter ist nur die logische Folge dieses Wahnbildes. Schon allein an der Tatsache, daß so gut wie alle linken Veröffentlichungen auf die Zerstörung eines Hochhauses reflexartig die Millionen jährlich weltweit Verhungernden zur „Erklärung" der Motive der Täter heranzogen, zeigt, daß sie tatsächlich einen direkten Zusammenhang zwischen diesem Gebäude (und dem Staat in dem es stand) und der Existenz des Kapitalismus sehen. Und wer das World Trade Center als Zentrum des Kapitalismus halluziniert, ist Antisemit.

Es ist Tatsache, daß die mit der antisemitischen Denkform innig verbundenen Wahnbilder von einer von den „multinationalen Konzernen" zur Ausplünderung der Erde ins Werk gesetzten Globalisierung, von einem völkermordenden US-Imperialismus, einer von der (amerikanischen) Mc-Donalds-Zivilisation verursachten Verdrängung „ursprünglicher Kulturen" und dem World Trade Center als symbolischem oder tatsächlichem Zentrum des Kapitalismus gleichermaßen von Linken, der deutschen Mehrheitsgesellschaft und Faschisten geteilt werden. Und so werden die Linken weiter und weiter unter dem Motto „Zivilisation ist Völkermord" demonstrieren und sich wundern, warum die Nazis mitmarschieren wollen. Dabei müssten sie zur Klärung dieser Frage doch nur sich selbst verstehen.

Die von kba verlangte Unterscheidung von linkem und völkischem Antisemitismus – als sei linker Antisemitismus nicht völkisch – ist, gelinde gesagt, blanker Unsinn. Vielleicht faßt er linken Antisemitismus als „verkürzte Kapitalismuskritik" auf und meint, das sei gar nicht so schlimm, weil gut gemeint. Der antisemitische Affekt ist aber nicht eine gesunde Abneigung gegen den Kapitalismus, die lediglich radikalisiert werden muß, sondern eine *Haßliebe*, die die eine Seite der kapitalistischen Gesellschaft – Produktivität, Staatlichkeit, Gemeinschaft – für gut erklärt (und für quasi naturgegeben hält), und meint, die Krisen, das private Unglück, die Ungleichheit, welche jeden mit dem Untergang bedroht, kurz: all das Schlechte bricht von Außen in diese heile Welt ein. Er will den Kapitalismus, aber nicht seine negativen Folgen. Wenn das verharmlosende Bild von der „verkürzten Kapitalismuskritik" schon benutzt wird, so stellt sich die Frage, warum das für die Nazis nicht genauso gelten soll.

Eine herrschaftstreuere Ideologie als die konformistische Revolte des Antisemitismismus wird man kaum finden. Der Antisemit ist kein verhinderter Revolutionär, sondern ein Untertan, der sich nach der harmonischen Herrschaft sehnt.

Er will den unauflöslichen Widerspruch zwischen sich als Mensch und der falschen Gesellschaft, mit der er sich identifiziert, überwinden und unternimmt auf diese Weise den unmöglichen Versuch, mit der Herrschaft identisch zu werden, die ihn peinigt - und gerade deshalb nimmt die Judenverfolgung solch maßlose Züge an. Weil der Antisemit eigentlich sich selbst verfolgt und sein Ziel, durch die Vernichtung der halluzinierten Verursacher des Leidens das Leid selbst zu bannen, nie erreicht werden kann, reproduziert sich der Wahn immer wieder aufs Neue und steigert sich in jene Raserei, deren letzte Konsequenz die totale Vernichtung ist. Mehr noch, indem der Antisemit all das von seiner Persönlichkeit abspaltet und dem Juden als schädliche Natureigenschaften zuschreibt, was in ihm nichtidentisch ist mit der Arbeitsmaschine, die zu sein er gezwungen ist - seine Wünsche, Bedürfnisse, Begierden - also all das, was der Motor der Rebellion gegen diese Gesellschaft sein könnte, die ihm den Verzicht auf ihre Erfüllung aufzwingt, gibt er sich als Mensch auf. Er zerstört die Möglichkeit zur Befreiung **in sich selbst**.

Unerbittliche Gegnerschaft zum Antisemitismus ist daher noch mehr als die allzu gebotene Solidarität mit seinen Opfern. Sie ist die Vorraussetzung dafür, Revolution überhaupt noch denken zu können.

Was tun mit den Antisemiten?

Die antisemitische Denkform ist latente Tötungsbereitschaft. Die Mordtat selbst ist in dieser Denkform schon angelegt. Das heißt nicht, daß jedes Individuum oder jede gesellschaftliche Gruppe die in der falschen Denkform implizierte Notwendigkeit der Beseitigung (sprich: Vernichtung) der vermeinlich Schuldigen auch zwangsläufig umsetzt, denn dazu sind noch andere gesellschaftliche und persönliche Faktoren mitentscheidend. Aber: *gesamtgesellschaftlich* gesehen wird es immer Individuen und Gruppen geben, die das tun werden und sowohl die materialistische Analyse des Antisemitismus als auch die Geschichte beweisen, daß der Antisemitismus seine Opfer fordern wird, solange Staat und Kapital existieren. (6)

Weil die tödliche Gewalt nicht etwas anderes als die Ideologie ist, sondern ihre logische Folge, hilft jeder, der an diesem Wahn mitstrickt, mit bei der Produktion von Leichen. Ob er auch selber Hand anlegt, muß für Kritiker dieses Wahns nebensächlich sein, denn die Morde werden so oder so passieren und jeder Agitator leistet seinen Beitrag.

Wenn Linke also dergestalt als Agitatoren auftreten und in ihrer Agitation den gesellschaftlichen Wahn auf ihre spezielle Art und Weise verbreiten und damit, ob gewollt oder nicht, den nächsten antisemitischen Mord mit vorbereiten, so ist für Kritiker der Verhältnisse nichts anderes angemessen, als sie auf das Schärfste dafür anzugreifen.

„Nach der Seite der Gesellschaft hin betrachtet, sind Antisemitismus und Antizionismus ideologiekritisch nur zu brechen und praktisch nur zu kritisieren, wenn der gesellschaftliche Gehalt der antisemitisch-antizionistischen Agitation nicht subjektivistisch reduziert und durch die „gute Absicht" entschuldigt oder relativiert wird. ... Indem ‚die Linke' die Objektivität von Ideologie zum subjektiven Meinen verniedlichen will, gibt sie ... zu Protokoll, ... daß es Linke nichts angeht, wenn, weil sie A gesagt haben, ein anderer B sagen wird. **Ideologie jedoch, geistige Objektivität falscher Gesellschaft,**

falschen Gedanken erzwungene schiefe Bahn hinab zu einer mörderischen Praxis, die jedem, der dies Kontinuum eröffnet, auch dann als Schuld angerechnet werden muß, wenn er selbst, sei es aus humanistischen, sei es aus taktischen Bedenken, die Konsequenz seines eigenen Gedankens nicht auch noch in eigener Person zieht.“ (Initiative Sozialistisches Forum: Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten. Über Israel und die linksdeutsche Ideologie, Freiburg: ca ira-Verlag, 2000)
Und jemand, wie der Linke, der nach dem tausendfachen Mord an unschuldigen Menschen sein „Kill USA“ an eine Wand in der Roten Flora schmierte, also nach der Wiederholung der Bluttat schreit, hat die mörderische Konsequenz seines eigenen falschen Gedankens längst gezogen.

Gruppe Revolutionärer Antifaschisten

(1) Da wir weder wissen, wie viele Menschen „kba“ sind, noch welchen Geschlechts sie sind, schreiben wir der Einfachheit halber über „ihn“.
(2) Nebenbei: das diese beiden sich ausschließenden Vorwürfe in der linken Praxis der Abwehr von den Zumutungen der Antisemitismuskritik so prächtig harmonieren, könnte man, wenn es nicht so ätzend wäre, schon fast lustig finden.
(3) so z.B. ein Mitglied der globalisierungskritischen Gruppe InKaK
(4) Wobei wir unter Ideologie nicht den landläufigen Begriff von „Manipulation“, „Irrtum“, „Konstrukt“ oder Ähnlichem meinen, dazu später mehr.
(5) Dies zu tun wird antideutscher Kritik seit jeher zu Unrecht vorgeworfen.
(6) Dies müssen keineswegs Menschen sein, die sich selbst als jüdisch verstehen, denn das antisemitische Bild von „dem Juden“ hat mit der Realität des Judentums nichts zu tun. Wichtig ist nur, das die Antisemiten ihre Opfer für solche halten oder die Objekte ihres Hasses – als verschobener Antisemitismus – auf sonst eine Weise als Verursacher der kapitalistischen Krise, des moralischen Verfalls usw. gelten, so z.B. „Spekulanten“. Zweifelsohne kehrt sich der Wahn aber wieder und wieder gegen die realen Juden und Israel.

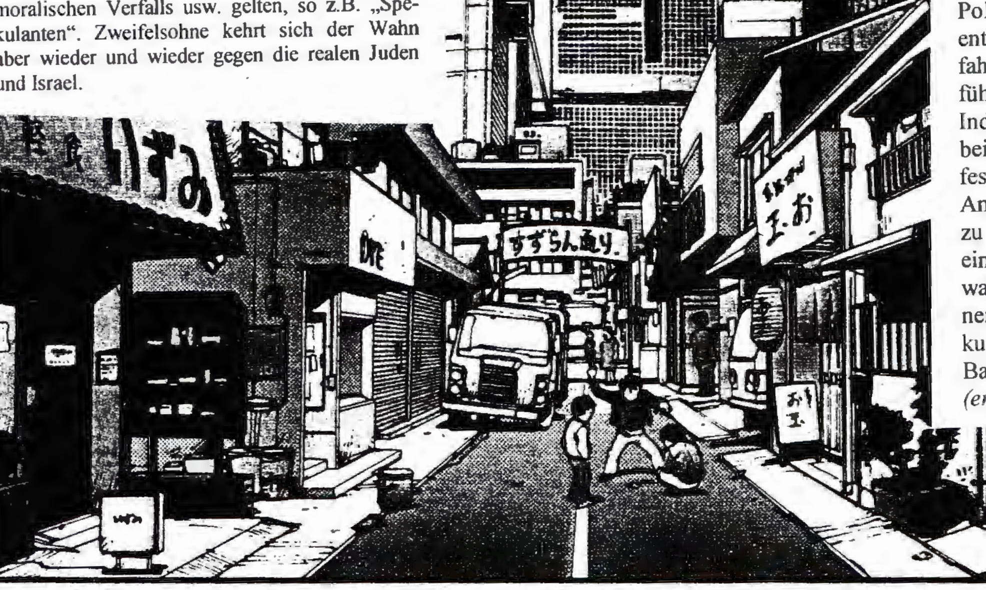


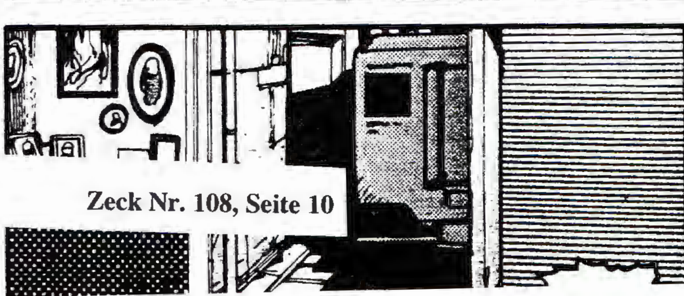




Hunderttausende beteiligen sich an den Protesten in Barcelona

In Barcelona fand vom 14. bis 16. März das erste der beiden EU-Gipfeltreffen statt, die in die Zeit der spanischen Präsidentschaft fallen. Ein breites Spektrum von Gruppen aus Katalonien, Spanien und Europa mobilisierte zu Protesten gegen diesen Gipfel. Motto der Kampagne: Gegen ein Europa des Kapitals und des Krieges! Im Mittelpunkt der Aktionen und der Gegenkonferenz stehen vor allem die Privatisierung und Liberalisierung von sozialen Grundrechten. Am Donnerstag demonstrierten 100.000 GewerkschafterInnen und Freitag (15.März) fand der dezentrale Aktionstag statt. Tausende beteiligten sich an über 15 Aktionen. Den ganzen Tag wurde mit symbolischen, festlichen und konfrontativen Aktionen in verschiedenen Teilen der Stadt deutlich gemacht: Die Herrschenden können sich zu ihren Gipfeln treffen - Uns gehört die Straße! Bereits am Wochenende zuvor demonstrierten 300.000 gegen die Privatisierung des Wassers und 20.000 Studenten gegen Bildungsabbau... Die große Demonstration am Samstag brachte zwischen 300.000 - 500.000 TeilnehmerInnen auf die Beine. Sie begann friedlich und bunt - um 20 Uhr verließen die Letzten den Ausgangspunkt Placa Catalunya, um sich Richtung Hafen zu bewegen. Hinter einer in den ersten zwei Dritteln friedlichen Demo wurden von kleinen Gruppen aus dem Ende der Demonstration heraus mehrere Banken entglast Danach schoß die Polizei mit Gummigeschossen auf DemonstrantInnen, was zu einer massiven Auseinandersetzung mit der Polizei führte. Es sind inzwischen alle entlassen, aber einigen drohen Schnellverfahren, die zu mehrjährgen Haftstrafen führen können - das betrifft auch zwei Indymedia-Aktivisten aus Barcelona, die beim Fotografieren einer Festnahme selbst festgenommen wurden
Am 17.03 gab es in Hamburg eine Solidemo zu Barcelona, die spontan in die S-Bahn einstieg und in Altona fortgesetzt wurde. Es waren zeitweise etwa 150 DemonstrantInnen dabei. Zu Zwischenfällen kam es nur kurzzeitig, als die Bullen uns nicht aus dem Bahnhof Altona lassen wollten
(entnommen den infos bei www.indymedia)







Einlassung - Entlassung?

Vorab: Kronzeugen sind Mörder
1971 wird in Hamburg ein Polizist von einem unerkannten "RAF- Terroristen" erschossen. 1975 wird im Stammheimer Staatsschutzprozess gegen die RAF dringend ein Kronzeuge gebraucht, denn ein Freispruch mangels Beweise für solche "Terroristen" hätte die Staatsraison nun wirklich beeinträchtigt. Die Bundesanwaltschaft findet einen Verräter: Gerhard Müller, ehemaliges RAF-Mitglied, 1972 verhaftet. Müller kommt nach den gewünschten Aussagen im Prozess frei und erhält eine neue Identität. Dumm nur, dass Müller der Hamburger Todesschütze war und ein Mörder, gar ein "Polizistenmörder", seinerzeit gesetzlich zwingend "lebenslänglich" bekommen musste. Um Müller mit baldiger Freilassung belohnen zu können, wurde er einfach nicht wegen Mordes angeklagt. Und das, obwohl mehrere RAF-Mitglieder öffentlich aussagten, dass er geschossen hatte - und Müller selbst den Mord beim Staatsschutz sogar gestanden hatte. Sein Geständnis verschwand und alle Aussagen gegen ihn wurden für unglaubwürdig erklärt. Der SPIEGEL ging seinerzeit in einem langen Artikel undementiert davon aus, dass BKA, Bundesanwaltschaft und auch SPD-Bundesjustizminister Hans Jochen Vogel von dem Geständnis und seiner Unterschlagung wussten. Was lehrt uns das? 1. Der Sinn und das gewünschte Ergebnis von Staatsschutzprozessen sind in ihrem Namen durchaus enthalten - sie heißen ja nicht etwa Gerechtigkeitsschutzprozesse. 2. Kronzeugen sind nicht durch Aussagen von ehemaligen GenossInnen zu widerlegen. 3. Kronzeugen können sogar Morde begangen haben - die im Staatsschutzinteresse vertuscht werden. Taktik und Politik Im Berliner RZ-Prozess kann immer noch viel passieren. Oder herauskommen. Aber die Prozesssituation ist nach dem "Einlassung" genannten Teilgeständnis [1] zweier Angeklagter und ihrem Deal mit Gericht und Bundesanwaltschaft schwieriger als zuvor. [2] In gewisser Weise ist die "Einlassung" eine Folge der bisherigen Prozesstaktik, bei der von Angeklagten und Verteidigung auf eine politische Antwort verzichtet wurde - aus welchen Gründen auch immer. Entsprechend ging es Monate lang um den Kronzeugen, was er verraten oder erlogen hat, um verfahrenstaktische Dinge, um Beweismittel, um die lange U-Haft usw. usw. In diesem Rahmen wurden die RZ-Aktionen, um die es der Bundesanwaltschaft immer ging, nur als strafbare Handlungen erörtert. Ihre politische Begründung oder Berechtigung verschwand hinter der kriminalistischen Frage: Wer war dabei? Die damals und heute herrschende Flüchtlings- und Kriegspolitik und die politischen Ziele dieses Verfahrens wurden nie thematisiert oder gar angegriffen. Erfolgreich im Sinne ihrer eigenen Ziele (Freilassung der Gefangenen, Demontage des Kronzeugen) war diese Prozesstaktik bisher nicht. (Es sei denn, jemand sähe die Entlassungen nach den "Einlassungen" als Erfolg.) Für die heutige antirassistische Praxis wäre ein politischer Prozess über die RZ-Flüchtlingskampagne jedenfalls interessanter gewesen. Immerhin kamen im vergangenen Jahr zu zehn Veranstaltungen "Zeiten des Zorns - zur Geschichte und Politik der RZ" über 2.000 diskussionsfreudige Leute. Das sprach dafür, dieses politische Interesse im Prozess aufzunehmen - was auch ohne jede falsche Lobhudelei auf die dahingeschiedenen RZ möglich gewesen wäre. In so einem Prozess wären "Einlassungen" zwar auch ein prozesstaktisches Problem geworden, aber alle politischen Äußerungen, zur Flüchtlingspolitik u.a., wären nicht beschädigt worden. Gerade im Kontrast zu einer politischen Prozessführung wären Teilgeständnisse als offensichtlich eigennützige Ich-Politik völlig aus dem Rahmen gefallen. Ein einzelner Kronzeuge von der begrenzten Qualität eines Mousli lässt sich grundsätzlich immer demontieren (dafür gibt es Beispiele, auch aus Verfahren vor dem Kammergericht), ein von Angeklagten direkt oder indirekt bestätigter Kronzeuge ist eine härtere Nuss. Jeder Angeklagte, der keine Aussagen macht, ist der Angeschmierte - und mit ihm die AnwältInnen, die keine Hinterzimmerabsprachen treffen. Die zu hörende Rechtfertigung, man/frau hätte lange genug mit seiner "Einlassung" gewartet, ist eigentlich das Eingeständnis einer Erpressung: "Wenn die Taktik der Mitangeklagten im Prozess nicht dafür sorgt, dass wir raus kommen, dann machen wir unsere eigene alleine". Schuld haben so immer die, die keine Deals machen - und alle politischen Gefangenen, die den Knast lieber abgesessen haben, als zu dealen, haben sich halt geirrt. Waren halt andere Zeiten. Es gibt gute und zeitlose Gründe, die gegen Deals sprechen. Wer sich einmal (vom Staatsschutz) hat erpressen lassen wird das wieder tun. Wer einmal seinen persönlichen Vorteil (aus dem Knast zu kommen) auf Kosten anderer genutzt hat, wird das wieder tun. Was wird in vielleicht kommenden Prozessen geschehen, wenn Zeugenaussagen verlangt werden? Wenn ehemalige Militante, die in den siebziger oder achtziger Jahren noch mit 10, 15 Jahren Knast rechnen mussten und dennoch als Stadtguerilla angetreten sind, heute wegen ein, zwei Jahren Knast (nicht mal Isolationshaft) - und um mehr als die wäre es jetzt tatsächlich nicht mehr gegangen, denn eine Zweidrittel-Entlassung aus der U-Haft wäre so gut wie sicher gewesen - Aussagen machen, werden sie in ein paar Monaten oder Jahren noch schweigend sechs Monate Beugehaft oder gar eine neue Anklage hinnehmen? Das Misstrauen ist begründet. Immerhin werden die vertraulichen Absprachen mit BAW und Gericht nicht öffentlich gemacht, sie werden in den "Einlassungen" nicht mal erwähnt. Dabei sind diese Absprachen der Grund für das Rauskommen, nicht die "Einlassungen" an sich. (Der Umkehrschluss beweist das: Wer sich ohne Absprache und ohne kriminalistische Details zu seiner Mitgliedschaft in den RZ äußern würde, um dem Kronzeugen zu widersprechen - der/die kämen deshalb ganz sicher nicht raus.) Das wissen natürlich auch die, die gedealt haben. Sie werden sich den Rest ihres Lebens selbstgerecht verteidigen oder alle meiden, bei denen sie das Gefühl haben, es tun zu müssen. Ein schlechtes Gewissen wird die Freude über die schnelle Freiheit bald überwiegen. Egoismus macht frei Dass das Hemd näher ist als die Jacke und jeder sich selbst der Nächste, gehört zu den Wahrheiten, Prinzipien und Lernzielen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Wer das falsch findet, engagiert sich sozial, womöglich gar linksradikal. Wer davon ausgeht, dass das Individuum selbstverantwortlich und frei sein sollte, steht den Zumutungen der Obrigkeit und dem stummen Zwang der kapitalistischen Verhältnisse ablehnend gegenüber. Wer globale Verhältnisse wie Krieg, Ausbeutung und Hunger nicht hinzunehmen gewillt ist, sucht nach Möglichkeiten, sie zu ändern. Wer bemerkt, dass das nur gemeinsam geht, organisiert sich und trifft Entscheidungen kollektiv. Vertrauen gehört zwingend dazu. Entsprechend war und ist Solidarität eine Wahrheit, ein Prinzip und Lernziel der Linken - sicher auch bei den RZ. In besonderen Situationen kommt es manchen so vor, als stimme das nicht mehr. Knast und Gerichtsverfahren sind solche Situationen. Nun ist es mit womöglich erheblichen persönlichen Konsequenzen verbunden, solidarisch zu sein. Nun ist das Individuum sehr unmittelbaren und gar nicht mehr stummen Zwängen ausgesetzt. Nun wird nicht eher abstrakt, sondern ganz unverblümt das Hemd-näher-als-Jacke- bzw. Bluse-näher-als-Kostüm-Prinzip an eineN herangetragen. Nun erfordert es individuelle Kraft und Hartnäckigkeit, sich Ansinnen der Obrigkeit, denen man draußen in (Entscheidungs-)Freiheit keine zwei Gedanken gegönnt hätte, zu erwehren. Nun wird für ein Einlassen (!) auf Zumutungen etwas sehr reales geboten: Einlassen - Entlassen. Wie verlockend! Das Problem ist nur: Der geforderte Preis, der Macht ein wenig zu Gefallen zu sein, widerspricht den eigenen (linken) Ansichten und Erkenntnissen und auch der eigenen (linken) Praxis, weswegen man in den Knast gekommen ist. (Die "Unschuldsvermutung" lassen wir hier mal beiseite, die interessiert Staatsschutzorgane ohnehin nicht). Ein Deal

wird mit Einzelnen auf Kosten anderer versucht, er funktioniert nie mit Kollektiven. Das vertrauensvolle solidarische Leben, Arbeiten und Kämpfen, was jede linke Organisierung herstellen will, wird gesprengt und das bürgerliche eigennützige Individuum wieder hergestellt. [3] Üblicherweise werden unsolidarische Entscheidungen durch Diskussionen und (selbst-)kritisches Denken verhindert. Auch das Heranziehen historischer Erfahrungen anderer (Gefangener) in vergleichbaren oder noch schwierigeren Situationen ist lehrreich und kann vor Fehlern schützen. Leider kann Knast egoistisch machen, und Egoismus macht dumm und vergesslich: Wie war das noch mit der Solidarität? Was hatte mein eigenes Verhalten noch mal mit der linken Geschichte zu tun? Was verbindet mich eigentlich mit diesen Antifas, die sich da im Fernsehen immer mit den Nazis hauen? Und diese ganzen Flüchtlinge, die kenne ich doch gar nicht. Was war das noch mal für eine Organisation, der ich angehörte? Fand ich die nicht eigentlich schon lange doof? Aber hätte ich mein Verhalten nicht früher als scheußlichen Verrat gegeißelt? Ach quatsch, das war ja früher. Heute ist alles anders. Heute ist man im Knast. Kämpfen? Wie unvernünftig. Man kann doch eh nichts ändern. Solche Selbstverarschungen lassen die Verbeugung vor der Macht ganz filigran erscheinen. Eigentlich gar nicht als Rückgratverkrümmung, sondern als schlaue Finte, als geradezu vorbildliche Taktik! Wie unverständlich, dass manche der Ansicht sind, dass zu viel Taktik den Charakter versaue. Das Lichtlein, das man in gebückter Haltung bereits unter dem Knasttor schimmern sieht, wird so gleißend, dass es alles früher Gewusste und Gelebte ins Dunkel des Vergessenwollens taucht. Mit der im Verhältnis zur Haltungskrümmung im Quadrat zunehmenden Selbstgerechtigkeit werden die Aspekte und Personen immer überzeugender, die zur Legitimation des eigenen unsolidarischen Verhaltens taugen. Diese Aspekte sind meist juristisch-taktischer Art und diese Personen oft die Sorte Advokaten, die einem Schwätzchen mit der Obrigkeit nicht abgeneigt sind, sowie un- und ex-politische Bekannte und Verwandte. Alle anderen, insbesondere alte GenossInnen, werden vor vollendete Tatsachen gestellt. Das Gesagte gilt prinzipiell für Verrat und für Abschwören, auch wenn dazwischen Welten liegen. Die Welten, die zwischen beidem und der Entscheidung, gar nichts auszusagen, liegen, sind allerdings noch größer. Das sieht auch der Staatsschutz so. Verrat mit einem hohen Staatsschutzfaktor (gemessen in Zahl der Verhaftungen und Waffenfunde) wird reichlich belohnt, für Abschwören mit mittleren Staatsschutzfaktor (gemessen in Distanzierungsweite von der eigenen Geschichte und politischen Organisation) gibt es einen staatlich garantierten Mindestlohn. Der Spitzenlohn besteht aus sofortiger Entlassung nebst Geld und neuer Identität. Der





Mindestlohn beinhaltet erträgliche Haftbedingungen und eine vorzeitige Entlassung. Andauernde Linksradikalität und Konsequenz werden nicht entlohnt. Im RZ-Prozess arbeitet der Kronzeuge Mousli gerade seinen Spitzenlohn ab. Das ist bekannt und die Beurteilung seines Verhaltens ist so eindeutig, dass hier darüber nicht diskutiert werden muss. Diskussionsbedarf besteht jedoch, wenn jemand so eine "Einlassung" als "Widerlegung des Kronzeugen" rechtfertigen will. Wie deutlich muss man es denn noch sagen: Um einen Kronzeugen zu widerlegen, verhandelt man nicht mit der Bundesanwaltschaft und dem Gericht, die diesen Kronzeugen angeschleppt haben. Das tut man nur, um den Preis für das eigene Rauskommen auszuhandeln. Die wirkliche Widerlegung des Kronzeugen hätte zu längerem Lamentieren der BAW und erst später zur Entlassung geführt - dann aber zu der aller Angeklagten. Die Fakten sprechen eine klare Sprache: Man/frau ist draußen, wer sich nicht einlässt, sitzt weiter (oder muss eine hohe Kaution hinterlegen, um einen lebensgefährlich verletzten Angehörigen sehen zu können), der Kronzeuge ist nicht demontiert, Gericht und BAW haben Breschen in die Verteidigung geschlagen. Da wurde staatlich garantierter Mindestlohn kassiert. Unsolidarisch und eigennützig. Wer das anders sehen will, sollte in Zukunft Knast als Kriminalitätsentsorgungspark, die BAW als Verteidigerin der Menschenrechte, die Vorsitzende Richterin als Mutter Teresa der Angeklagten, den Advokaten Euler als kollegialen linken Anwalt und das Besuchertreppenhaus zum Saal 500 als frisch gestrichen bezeichnen. Tatsächlich hat man nun die aus unzähligen Knackiverfahren bekannte Konstellation, dass es mehrere geständige TäterInnen gibt, die sich darüber streiten, wer der schlimmste Täter war: "Herr Staatsanwalt, ich war zwar dabei, aber der andere hat viel härter zugehauen als ich!" Die Tatbeteiligung wird gar nicht mehr bestritten, strittig ist nur der individuelle Anteil an der Tat. [4] Allein schon, dass man akzeptiert, dass eine "Tat" vorliegt, und man diese als solche vor einem Staatsschutzsenat als justiziabel anerkennt, ist ein Einlassen auf die Staatsschutzorgane, was sie glücklich macht. (Unglücklich machen sie politische Gefangene, die ihre Handlungen als politische Aktionen nicht der bürgerlichen Rechtsordnung unterstellen wollen. Ihre Parole ist immer: "Die Geschichte wird uns freisprechen" - ob das auch das Gericht tut, ist zweitrangig.) Gestanden wird in den "Einlassungen", dass man/frau in einer Revolutionären Zelle, also in einer "terroristischen Vereinigung" organisiert und an Aktionen oder ihrer vorbereitenden Diskussion beteiligt war. Punkt. Wer da nun Motorrad fuhr, wer da nun geschossen hat, wer bei welchem Treffen dabei war, das sind zweitrangige Widersprüche hinter dem "gemeinsamen Tatplan", die die "freie Beweiswürdigung" eines Staatsschutzurteils überhaupt nicht stören. Und da noch nie - noch nie - das Urteil eines Staatsschutzsenates des Kammergerichtes in einer Revision aufgehoben wurde, müssen sie auch nicht stören. Auf diese juristische Knackitour wird kein Kronzeuge gekippt. Wer das "Einlassen" durch den Verlauf des Frankfurter OPEC-Verfahren, in dem die Anklage ja nicht durchkam, rechtfertigen will, übersieht die andere politische Konstellation: Die Anklage kam von einem Staatsanwalt beim Landgericht und reihte sich in die seinerzeitige CDU-Kampagne gegen den rot-grünen Außenminister Fischer nahtlos ein. Da der bekanntermaßen aussagewillige Kronzeuge Klein zeitlich passend in Frankreich von einem Zielfahndungstrupp des BKA verhaftet wurde, spekulierte die Frankfurter Rundschau, was dieser Staatsanwalt mit seiner Lebensgefährtin, einer Zielfahnderin beim BKA (wer lacht da?), so alles bespricht. Freigesprochen wurde in Frankfurt, nachdem ein Bundesanwalt (!) als Zeuge aussagte, dass die Belastungen Kleins gegen "Max" nicht den Angeklagten Schindler meinen könnten. Sehr bemerkenswert, dass die BAW gegen die Anklagebehörde und ihren Kronzeugen auftrat. Nur ihre Bestätigung gab der Aussage (Einlassung) des ehemaligen RZ-Mitglieds Gerd Schnepel, er sei der wirkliche "Max", freisprechendes Gewicht. Im Berliner Prozess klagt die BAW selbst an. Der Kronzeuge ist von ihr selbst erarbeitet worden. Kammerrichter haben ihn bereits entlohnt. Es gibt auch keinen Minister, der entlastet werden will. Also gibt es auch kein Interesse des Staats-

schutzes, dem Kronzeugen zu widersprechen. In Berlin kann es nur gegen das Staatsschutzinteresse von BAW und Gericht zu einem Freispruch kommen. Freilassung? Hier und heute aus dem Knast zu kommen, ist nicht das Wichtigste. Solidarität mit den Mitgefangenen ist wichtiger. Die Wirkung des eigenen Verhaltens auf die verbliebene politische Öffentlichkeit ist wichtiger. Eine ungebrochene Persönlichkeit und Biografie sind wichtiger, denn sie sind ein guter Start in das Leben nach dem Knast. Ob der ein paar Monate oder gar Jahre früher oder später erfolgt, ist gerade bei halbwegs erträglichen Haftbedingungen zweitrangig. Sicher fällt es schwer, gegenüber Gefangenen so zu argumentieren, wenn man selbst immer draußen gelebt hat. Aber die alte Parole der KnastgegnerInnen stimmt tatsächlich: "Freiheit und Glück!" Das eine ist ohne das andere nichts wert.

Klaus Viehmann, 1. März 02

Fußnoten:

[1] Der Kalauer, dass ein Geständnis eigentlich "Gesträndnis" heißen müsste, da es nicht von "stehen" sondern von "gestrandet" kommt, gilt auch für Teilgeständnisse. [2] Dieser Text war am 28.2.02, als noch ein dritter Angeklagter ein Teilgeständnis ablegte und entlassen wurde, bereits so gut wie fertig. An seinem Inhalt hat sich dadurch nichts geändert. [3] Ich habe selbst erlebt, wie Deals angeschoben werden und ich weiß, dass es möglich ist, sie abzulehnen. Andere politische Gefangene haben ähnliche Angebote genauso ablehnt und zum Teil noch länger gesessen. Kurz nach meiner Verhaftung kam 1978 ein Geheimdienstler: Entweder Verurteilung zu 15 Jahren Knast (so kam es dann auch), oder ihm Auskünfte geben und dafür weniger als zehn Jahre, nebst Halbstrafe, nebst vorherigem offenen Vollzug, er könne so ein Kammergerichtsurteil garantieren. Das nächste Angebot nach drei Jahren U-Haft während des laufenden Prozesses, dieses mal durch die Staatsanwaltschaft an den Anwalt: Öffentliche Distanzierung vom bewaffneten Kampf, es reichte auch ohne Belastung anderer, als Lohn 12 Jahre und vorzeitige Entlassung nach acht Jahren nebst vorherigem offenen Vollzug. Dann nach neun Jahren Knast Angebot durch Knastleitung und LKA: Entlassung auf "Zweidrittel" nach zehn Jahren. Bedingung: Leserbrief an die TAZ, in dem man sich vom bewaffneten Kampf distanziert, sowie Abbruch der Beziehungen zu Personen aus der "SympathisantInnenszene". Ich habe es wirklich nie bereut, all diese Deals abgelehnt zu haben, und ich finde es verurteilenswert und ärgerlich, wenn sich andere, die auch aus einer linken und militanten Geschichte kommen, auf so was einlassen. [4] Dass man/frau gleich mit gesteht, kultiviert und philosophisch interessiert zu sein, ist allerdings selten bei Knackis. Aber was für eine Kultur ist das eigentlich, in der heimliche Absprachen mit der Obrigkeit gut angesehen sind? Und welche Philosophie legitimiert eigentlich Egoismus? Das ist ja nicht mal christlich.

Einlassung von Rudolf Schindler unter http://www.nadir.org/nadir/aktuell/2002/02/16/8615.html

Einlassung von Axel Haug unter http://www.nadir.org/nadir/aktuell/2002/03/

Trans-identitäre Organisierung & Hybridität – Heiliger Goldfisch, was ist denn das!?

Stichworte zur Orts-, Organisations- und Identitätsdebatte rund um's 5. Antirassistische Grenzcamp. Oder: Warum dieses Jahr die Musik in Thüringen spielt?!

1. Auftakt

Glücklich sicherlich nicht, aber unterhalten (und obendrein auf den Boden der Tatsachen geholt), dürfte sich fühlen, wer in den letzten Monaten Zugang zur internen Mailing-Liste, d.h. zum virtuellen Diskussionsforum der Antirassistischen Grenzcamp-Community hatte. Denn geboten wurde dort so Manches, nicht zuletzt ein fulminanter Debatten-Showdown rund um die Frage, ob und wie das mehrheitlich deutsch-weiße Grenzcampvölkchen gezielt mit MigrantInnen- und Flüchtlingszusammenhängen kooperieren sollte, auf dass langfristig nicht nur die deutsch-weißen Dominanzen innerhalb linksradikaler Zusammenhänge ausgehebelt, sondern auch trans-identitäre, mehr noch: hybride Bündnisse geschmiedet werden können.

Aufhänger der Debatte ist indessen ein anderer gewesen, die Frage danach, wo denn das 5. Antirassistische Grenzcamp im Jahre 2002 seine Zelte aufschlagen sollte: in Hamburg (als unmittelbarer Fortsetzung des Frankfurter Grenzcamps) oder in Thüringen (als Wiederanknüpfung an die ersten drei Grenzcamps). Pikant hieran ist weniger das schon oft ausgewalzte Spannungsverhältnis zwischen westdeutscher Metropole und ostdeutscher Provinz gewesen (einschließlich des unter westdeutschen Linksradikalen gerne kultivierten Anti-Zonen-Chauvinismus). Nein, pikant ist vielmehr gewesen, dass sich für Thüringen in erster Linie die Flüchtlingsselbstorganisationen ‚The Voice' sowie ‚Brandenburger Flüchtlingsinitiative' stark gemacht haben. Denn hierdurch ist im Gewande der Ortsfrage ein ganz anderes Problem akut geworden, das eben schon erwähnte Problem, ob und wie weiße AntirassistInnen ihre Dominanzen (inklusive ihrer Weißheit) anzugehen und so von ihrer Seite aus (!) die Voraussetzung für trans-identitäre Bündnisse zu schaffen hätten. Diese Überlappung zweier gänzlich unterschiedlicher Fragestellungen hat die Debatte einigermaßen erschwert: Während die Pro-Hamburg-Fraktion (vertreten im übrigen v.a. durch Nicht-HamburgerInnen) insbesondere die Vorzüge der Metropole gepriesen, das allerdings mit dem Vorwurf verknüpft hat, die Thüringen-BefürworterInnen würden sich in althergebrachter, d.h. moralinsaurer Antira-Manier dem Anliegen der Flüchtlinge unterordnen und auf diese Weise einem banalisierten Menschenrechtsaktivismus Vorschub leisten, argumentierte der Thüringen-Flügel andersherum, wenn auch weniger zugespitzt: Danach sei es unumstritten, dass Hamburg das bessere Pflaster für linksradikalen Antirassismus abgäbe. Und dennoch: Die Chance, durch einen direkten Kooperationspakt mit politisch organisierten Flüchtlingen erste Schritte in Richtung trans-identitärer Organisierung zu gehen (und somit den ‚Wir-Ihr-Effekten' rassistischer Ein- und Ausschlußmechanismen das Wasser abzugraben) sei einfach zu groß, ja zu verlockend, als dass sie vergeigt werden dürfte.

So weit die überaus verkorkste Ausgangssituation. Entschieden wurde trotzdem, auf einem Treffen Anfang Dezember in Göttingen, und zwar – anders als von den meisten erwartet – zugungsten von Thüringen! Das aber blieb nicht folgenlos. Die mehr als knapp (und sicherlich komisch) zustandegekommene Entscheidung war gerade mal drei Minuten alt, da entpuppte sich so mancheR LinksradikaleR einmal mehr als typisch deutscher Michel, d.h. als „typisch deutscher Verlierer" (wie es einer der Betreffenden unumwunden zugab): Nicht nur wurden die ersten Austritte aus dem Vorbereitungskreis des Grenzcamp-Projektes verkündet, nein, es wurden bereits Gegenaktivitäten in Aussicht gestellt (die mittlerweile mit eigenem Aufruf beworbenen Schill-Y-Out-Days in Hamburg). Und auch wurden die bereits erwähnten Vorwürfe gegen die Thüringen-BefürworterInnen auf durchgedreht anmutende Weise zugespitzt: Die Rede war jetzt von „deutschen Antiras", die „mal wieder ihr Geschäft im Namen der Flüchtlinge gemacht" und die so – Berti Voigts läßt grüßen – einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet hätten, das antirassistische Grenzcamp-Projekt (als einem der vielverprechendsten Projekte der Radi-

kalen Linken überhaupt) an die Wand zu fahren.
Ich möchte an dieser Stelle kein weiteres Öl in's Feuer schütten. Der bizarr-schrillen Tonlagen gab es wahrlich genug... Angesagt scheint mir vielmehr die um Verständigung bemühte Auseinanderetzung. Denn auch meines Erachtens ist das antirassistische Grenzcamp-Projekt viel zu wertvoll, als dass es im Streit aufgerieben werden dürfte. Als Parteigänger Thüringens möchte ich mich deshalb mit den Pro-Hamburg-Argumenten auseinandersetzen. Hamburg ist auf zweierlei Art in's Spiel gebracht worden. Einerseits wurde Hamburg in den allerhöchsten Tönen gepriesen: als Metropole (mit linksradikaler Bewegungsgeschichte) sei es geradezu prädestiniert, Austragungsstätte für das 5. antirassistische Grenzcamp zu werden. Andererseits wurde erläutert, ja, mehr noch: davor gewarnt, in welchem Sinne das Projekt ‚Grenzcamp' politisch vor die Hunde ginge, würde es im Jahre 2002 nicht in Hamburg, dafür jedoch in Thüringen gastieren. An dieser durchaus klassischen Zweiteilung möchte ich mich im folgenden orientieren.

2. Metropole Hamburg

Insbesondere drei Argumente haben es den Hamburg-Freundinnen angetan:
a) Große Öffentlichkeit: In dem für die Debatte zentralen, von einem Hamburg-Fan-Club So36 unterzeichneten Bewerbungsschreiben heißt es diesbezüglich: „Viel eher als in der Kleinräumigkeit an der deutsch-polnischen bzw. deutsch-tschechischen Grenze ließe sich hier eine überregionale Öffentlichkeit herstellen, die die rassistische Abschiebe- und Abschottungspolitik auf Bundesebene zum Thema macht (...) Das Gehörtwerden und die Intervention in die laufenden Diskurse stellen wir uns in Hamburg wesentlich erfolgreicher vor als sonstwo." Und auch bestünde in HH die Chance, „dem Grenzcamp in der Außenwirkung wieder ein verstärkt linksradikales/autonomes Profil zu verleihen." Begründet wird diese Erwartung mit zweierlei: Auf der einen Seite gäbe es in Hamburg – vergleichbar den Frankfurter Verhältnissen - eine insgesamt größere, gegenüber antirassistischen Anliegen stärker aufgeschlossene Öffentlichkeit, bestehend aus linken JournalistInnen, Resten des bürgerlich-alternativen Lagers, diversen MigrantInnen-Communities, extremistischen KulturproduzentInnen (Hamburger Schule und so...) sowie, last but not least, eine immer noch vielfältige, als gigantischer Resonanzkörper fungierende linksradikale Szene. Auf der anderen Seite seien in Hamburg (Stichwort: Hamburg als Hort linksradikaler Bewegungsgeschichte) „linksradikale Kodierungen einer breiteren Öffentlichkeit bekannt (wenngleich nicht unbedingt sympatisch)", mit der Konsequenz, dass ‚unsere' Anliegen nicht von vorneherein Gefahr laufen, mißverstanden zu werden, sei es als pures Chaotentum oder als seichte Menschenrechtelei.
b) Große Themenpalette: Als Großstadt hätte Hamburg eine komplexere Sozialstruktur als z.B. Jena oder Erfurt, es gäbe vielfältigere Milieus, Kulturen und Subkulturen, einen höheren MigrantInnenanteil, mehr staatliche und gesellschaftliche Institutionen, eine komplexere Infrastruktur (vom Hafen bis zur U-Bahn), seit jüngstem einen rassistisch-autoritären Innensenator etc. etc. Hierdurch vergrößere sich nicht nur die Zahl praktischer Interventionspunkte, nein, solche offensichtlich komplexen Verhältnisse verböten es von vorneherein, sich allzu schnell mit einfachen Analyse- und Interventionslösungen zufrieden zu geben, einer Gefahr, der ja (westdeutsche) Linksradikale nicht ganz selten erliegen würden, nicht zuletzt im scheinbar ach so homogenen Osten...
c) Standortvorteil Hamburg: Hamburg ist großartig, nicht nur wegen seiner traditionsreichen und großen Polit-Szene, nein, auch so – einfach als Stadt: „Die Elbe, der Hafen, die Schanze und der goldene Pudel, Altona und Fischmarkt, Alsterschippern und Alter Elbtunnel, Land Unter und die Hamburger Schule...na ja, Ihr wißt schon" (Fan Club So36)





3. Stimmig, und irgendwie doch nicht...

Sicherlich, viele der genannten Argumente sind stimmig, jedenfalls im großen und ganzen. Und dennoch: Bei näherer Draufsicht fällt so manches Argument fragwürdiger bzw. weniger stichhaltig aus, als es auf den ersten Blick erscheinen mag. Dies gilt es herauszuarbeiten, ist doch andernfalls eine ernsthafte Gewichtung der Pro-Thüringen- mit den Pro-Hamburg-Argumenten kaum möglich:
a) Zur ‚Großen Öffentlichkeit': 1. Dass die Pressereaktionen in Frankfurt derart reichhaltig gewesen sind, hatte nicht nur mit großstadtähnlichen Verhältnissen zu tun, sondern auch mit Anderem: Zum einen ist das Grenzcamp seitens der Öffentlichkeit (nicht zuletzt der ausländischen Öffentlichkeit) direkt mit dem Anti-Globalisierungs-Widerstand in Göteborg und Genua in Verbindung gebracht worden. Das hat viele Extra-Aufmerksamkeits-Credits eingebracht. Zum anderen ist die Idee, das hochsensible (!) Gebilde ‚Frankfurter Flughafen' zu attackieren, ein echter Clou gewesen. Hierdurch ist es uns möglich gewesen, mit unseren Aktionen auf eine Weise Sand in's Getriebe zu streuen, wie das sonst nur selten der Fall ist. Auch das hat zusätzliche Aufmerksamkeit erregt, Aufmerksamkeit, mit der anderswo nicht so ohne Weiteres zu rechnen ist. 2. Desweiteren ist anzumerken, dass die These zwar stimmt, wonach in Hamburg von einer potentiell größeren Öffentlichkeit auszugehen ist, dass die Bedeutsamkeit hiervon allerdings nicht überschätzt werden sollte. Denn um tatsächlich politischen Druck aufbauen zu können (und um den geht es ja letztlich), bedarf es mehr als kurzer Momente öffentlicher Präsenz, sei es auf Seite 4 in der Frankfurter Rundschau, auf Seite 1 in der Süddeutschen Zeitung oder 40 Sekunden in der Tagesschau. Nein, wachsender Druck verdankt sich vielmehr direkten Mobilisierungserfolgen, d.h. dem Umstand, dass immer mehr (!) Menschen bereit sind, auf eine bestimmte, z.B. antirassistische Weise Position zu beziehen und so politischen Druck aufzubauen. Wie aber kommt es zu Mobilisierungserfolgen? Zum einen darüber, dass wir mit unseren Anliegen öffentlich präsent sind und auf diese Weise potentiell Interessierte aufhorchen lassen. Das allerdings ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere ist unsere Bereitschaft (ob in Hamburg, Thüringen oder sonstwo), immer wieder offen auf alle die zuzugehen, die uns zwar irgendwie nahestehen und die deshalb immer wieder aufhorchen, die sich aber noch nicht, zumindestens nicht weitergehend, in linksradikale Zusammenhänge verirrt haben. Just diese Bereitschaft ist indes in linksradikalen Zusammenhängen mehr als unterentwickelt. Sie herauszubilden, ist deshalb absolut erforderlich, sind wir doch andernfalls dazu verurteilt, weiterhin um uns selbst, d.h. um unsere eigene, mehr als marginale Randexistenz zu kreiseln. So betrachtet dürfte deutlich werden, weshalb es zu kurz greift, einfach mal die

Hamburger Öffentlichkeitspotentiale zu lobhudeln, ohne jedoch genauer auszuloten, ob diese unter den gegebenen Bedingungen überhaupt effektiv nutzbar sind, jedenfalls so effektiv, dass sie als ausschlaggebendes Pro-Hamburg-Argument taugen. Oder zugespitzter noch: Was nutzt uns die schönste Öffentlichkeit (die in Hamburg sicherlich zu haben ist), wenn wir gleichzeitig nichts bzw. nur sehr wenig daraus machen? 3. Wenn wir von öffentlicher Wirksamkeit sprechen, dann sollte schließlich auch nicht vergessen werden, dass ein (transidentitäres) 1000-Personen-Camp, davon vielleicht die Hälfte Flüchtlinge und MigrantInnen, einen ganz eigenen Ereigniswert darstellt und auf diese Weise so manchen thüringenspezifischen Öffentlichkeitseffekt herstellen könnte.

b) Zur ‚Großen Themenpalette': Auch dieses Argument scheint mir schief zu sitzen: 1. Gewaltverhältnisse gibt es überall, sie treten stets gemeinsam auf, ob in der Großstadt oder der Provinz. Auf den Punkt gebracht wird dies nicht zuletzt durch die Sprößlinge sog. ‚National Befreiter Zonen': Mal attackieren sie Schwule, dann verwüsten sie jüdische Friedhöfe, oder sie jagen MigrantInnen, zünden Flüchtlingsunterkünfte an, und auch erschlagen sie von Zeit zu Zeit Obdachlose, machmal auch Behinderte. Sie zeigen hiermit – es mag noch so bizarr sein -, dass Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus, Sexismus, Heterosexismus, Kapitalismus, Normalismus etc. nicht nur überall anzutreffen, sondern auch auf vielfältige Weise miteinander verschränkt sind. Hieraus folgt aber: Dass es in Hamburg mehr Interventionspunkte geben soll als anderswo, davon kann, jedenfalls im Lichte solcher Überlegungen, einfach nicht die Rede sein! 2. Die Tatsache, dass die mögliche Themenpalette, ob in Hamburg oder Thüringen, prinzipiell groß ist, heißt noch lange nicht, dass es im Rahmen des antirassistischen Grenzcamps sinnvoll wäre, sämtliche dieser Themen aktionsförmig (!) umzusetzen. Vielmehr will überlegt sein, welche Themen bzw. welche Themenverknüpfungen wann, wo und wie aufbereitet werden. Denn nur, wo dies in systematischer und strategischer Absicht erfolgt, wird thematische Vielfalt zur Stärke. Andernfalls droht Verzettelung und somit der Eindruck allzu großer Unübersichtlichkeit oder gar Beliebigkeit (Stichwort: Roter Faden!). Diese Einschätzung ist innerhalb des Grenzcampzusammenhangs lange geteilt worden, mit dem Zusatz allerdings, dass das Grenzcamp mehr zu sein habe als purer Aktionsraum, nämlich auch diskursiver, d.h. öffentlicher Raum, also Raum für Veranstaltungen, workshops und Diskussionsrunden, auf dass wenigstens in diesem Sinne thematische Vielfalt herrschen möge. So betrachtet, dürfte aber deutlich werden, wie schief es ist, mit dem Argument inhaltlicher Vielfalt für Hamburg zu werben. Denn wenn ein Gutteil der inhaltlichen Vielfalt sowieso über Veranstaltungen u.ä. hergestellt wird, dann hat doch dieser Aspekt mit der Ortsfrage nur sehr wenig zu tun! Oder macht es für die jeweiligen Inhalte (welche eh schriftlich aufbereitet, d.h. über verschiedendste Szene-Medien publik gemacht werden sollten) einen Unterschied, ob das Grenzcamp-Veranstaltungszelt in Hamburg oder Thüringen steht?! 3. Der Umstand, dass (westdeutsche) Linksradikale immer wieder, nicht zuletzt im Osten, zu Simplifizierungen neigen (und so ungewollterweise der völkischen Weltsicht entgegenarbeiten, wonach so manche Ost-Zone von ‚Fremdem' und ‚Anderem' befreit sei), ist zweifelsohne blöd. Allein: Kurieren lässt sich derlei Verhalten nicht in Hamburg! Nein, den linksradikalen Hang zu Simplifizierungen, Stereotypisierungen u.ä., dem kann nur – überall dort, wo er auftritt - durch inhaltliche Veranstaltungen u.ä. begegnet werden, und die können stattfinden, wo sie wollen, Hauptsache, sie finden statt!

c) Zum ‚Standortvorteil Hamburg': Geschenkt, Hamburg ist großartig. Insofern ist es zweifelsohne ein charmanter Schachzug des Kreuzberger Bewerbungsschreibens gewesen, Hamburg auch in dieser Hinsicht abzufeiern. Und dennoch: Dass der Flair einer Stadt in einer politischen Debatte eine derart zentrale Rolle bekommen hat (zumindest unterschwellig), das ist doch ein wenig obszön (oder auch wohlstandschauvinistisch), jedenfalls gemessen daran, dass wir es leider mit äußert beschissenen Dingen zu tun haben, u.a. mit so etwas Banal-Bösem wie der Residenzpflicht, die es bestimmten Menschen schlicht verbietet, nach Lust und Flair zu leben bzw. Politik zu machen.

4. Zwischenbilanz

Zugestanden, viele meiner Einwände sprechen auf keinen Fall gegen, sie sprechen aber auch nicht für Hamburg, sie zeigen lediglich, dass eine ganze Reihe der zugungsten von Hamburg in's Spiel gebrachten Argumente mitnichten so zugkräftig sind, wie es in vielen Debattenbeiträgen immer wieder als unhintergehbare Selbstverständlichkeit behauptet wurde (Stichwort: Selbstläufer...). Insbesondere die Doppel-Problematik, (1.) auf welche Weise und (2.) mit welchen Zielsetzungen ‚wir' beabsichtigen, Öffentlichkeit herzustellen, ist um einiges komplexer, ja unaufgelöster, als in den allermeisten Pro-Hamburg-Statements der Eindruck erweckt wird. Demgegenüber sprechen allenfalls zwei Umstände für Hamburg: 1. Hamburg ist in der Tat eine attraktive Stadt und auch verfügt Hamburg über eine (immer noch) große Szene. Im Falle eines Hamburger Camps (vielleicht ja 2003...) hätte das indessen beeindruckende TeilnehmerInnenströme zur Folge, einschließend diverser Rückkoppelungseffekte, welche dies (auch über Hamburg hinaus) für die linksradikale Szene mit sich brächte. 2. Schill: Keine Frage, Schill ist gefährlich, nicht zuletzt als modernisierter Prototyp einer sich immer autoritärer gebärdenden Innen- und Rechtspolitik. Mit der power eines antirassistischen Grenzcamps eine diesbezügliche Kampfansage zu machen, wäre sicherlich sinnvoll!





5. Vom weißen Antirassismus zur transidentitären, mehr noch: zur hybriden Organisierung

Wie eingangs schon angedeutet, hat sich das Hamburg-Lager nicht damit begnügt, Hamburg als potentielle Grenzcamp-Stätte stark zu machen. Nein, es wurde zusätzlich (so wie in jeder hundsgemeinen Wahlkampagne auch) explizit gegen Thüringen argumentiert, mitunter polemisiert. Und das auf zweierlei Weise: Zum einen wurden viele der Pro-Hamburg-Argumente nicht nur positiv, sondern auch negativ, d.h. als Anti-Thüringen-Argumente in die Waagschale geworfen, eine sattsam bekannte Strategie, die keiner weiteren Erläuterung bedarf. Zum anderen ist Thüringen ob der für dort in's Auge gefaßten Kooperation zwischen dem mehrheitlich deutsch-weißen Grenzcampvölkchen sowie The Voice und anderer Flüchtlingsselbstorganisationen massiv attackiert worden. Denn programmatisch hätte dies die „Reduktion auf bloßen Antirassismus" (Schill-Y-Out-Days-Aufruf) zur Folge, bedeutete also nichts anderes als den Ausverkauf linksradikaler Widerstandsperspektiven: Anstatt Antirassismus als prinzipielle Absage an die gesellschaftlichen Verhältnisse zu begreifen, würde mit der Thüringen-Entscheidung nur noch das aus der Antira-Arbeit hinlänglich bekannte (und nicht selten als karitativer Paternalismus daherkommende) Unterstützungs-Klein-Klein drohen. Als Ort radikaler Gesellschaftskritik hätte das Grenzcamp somit ausgedient. Zu erwarten sei vielmehr ein „flüchtlingspolitisch reduziertes Camp" – zuungunsten eines „Hamburger-Polit-Zeltlagers" (um nur eine von vielen diesbezüglichen Stimmen zu zitieren).

Warum das so wäre, das indessen ist nur selten ausgeführt worden, wahrscheinlich, weil es als Subtext sowieso allen klar geworden sein dürfte: Im Kern scheint es den KritikerInnen darum zu gehen, dass The Voice keine genuin linksradikale Kombo sei, genausowenig wie die Mehrheit der deutsch-weißen Antiras (wer immer das innerhalb des Grenzcampzusammenhangs sein soll) mit Antira-Arbeit gesellschaftsverändernde oder gar revolutionäre Perspektiven verbinden würde. Da aber The Voice und andere Flüchtlingsselbstorganisationen (samt ihrer deutschen Antira-FreundInnen) Quasi-AusrichterInnen des Thüringer Camps wären, hätte das automatisch den beklagten Substanzverlust zur Folge. Dieser Perspektive gilt es, in vielerlei Hinsicht zu widersprechen:

1. Es mag sein (ohne mir wirklich ein Urteil anmaßen zu können), dass The Voice in seiner Gesamtheit kein linksradikaler Zusammenhang ist (so wie Linksradikalität gemeinhin, d.h. seitens deutscher Linker bestimmt wird), jedenfalls könnte mensch das aus der offiziellen Selbstdarstellung von The Voice herauslesen (www.humanrights.de/voice). Allein: Mir scheint dies kein Zufall zu sein. Wem die fundamentalen Menschen- und Sozialrechte entzogen sind, die bzw. der hat notgedrungenerweise ein ganz eigenes Politik- und Radikalitätsverständnis. Konkret: Wenn The Voice z.B. einklagt: „Recht auf Leben – Abschaffung von Folter, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung; Abschaffung von Sklaverei und Zwangsarbeit; Recht auf persönliche Freiheit und Sicherheit", dann spiegelt sich hierin ein Erfahrungshorizont wieder, der deutschen Weißen zumeist erspart bleibt und der ihnen deshalb auch nicht zum politischen Bezugspunkt geraten kann. Dies zu ignorieren (oder als reformistische Menschenrechtspolitik zu denunzieren), ist nicht nur zynisch und borniert, nein, es verkennt auch einen allgemeinen, für revolutionäre Gesellschaftsveränderung fundamentalen Sachverhalt: Radikale Widerständigkeit ist ein Privileg, keine Selbstverständlichkeit. Wer im absoluten Existenzkampf steckt, der bzw. dem bleibt selten mehr als Unterwerfung oder Unsichtbarkeit, oder aber (verzweifeltes) RebellInnentum, welche seinerseits allerdings in den meisten Fällen brutal zerschlagen wird. Demgegenüber bedarf die Entwicklung langfristiger und grundlegender Widerstandsperpektiven ein Mindestmaß sozialer und persönlicher Freiheit, gleichsam als Voraussetzung dafür, individuelle und kollektive Emanzipationsprozesse initiieren bzw. durchlaufen zu können. Ja, und deshalb scheint es mir äußerst unangebracht (weil eben die Wirkungsmechanismen rassistischer Diskriminierung verkennend), Kampagnen wie die Anti-Residenzpflicht-Kampagne als verkürzten Antirassismus abzutun. Vielmehr gilt es, solche Kampagnen zu unterstützen, auf dass immer mehr Flüchtlinge in den Stand gesetzt werden, weitergehende Perspektiven entwickeln zu können - so denn dies nicht sowieso schon geschehen ist. Wohlgemerkt: ‚So denn'! Denn so wichtig es ist, unterschiedliche Erfahrungshorizonte ernstzunehmen (inkl. unterschiedlicher Schlußfolgerungen, die das nach sich ziehen kann), so falsch wäre es, hieraus den allgemeinen Schluß zu ziehen, Flüchtlingsselbstorganisationen seien prinzipiell weniger radikal, ja reformistisch. Genau dieser Eindruck ist jedoch in der Hamburg-Thüringen-Debatte regelmäßig erweckt worden, und zwar dadurch, dass immer wieder (im Rahmen des allgemeinen Anti-Thüringen-Bashings) die These eingespielt wurde, wonach die Bezugnahme auf die soziale Lage als Ausgangspunkt antirasstischer Praxis (wie gesagt: Ausgangspunkt!) automatisch bedeute, hierbei stehenzubleiben, das Ganze also im (vorgeblichen) Elend reformistischer Menschenrechtelei versacken zu lassen. Das allerdings ist nicht nur dreist, sondern auch selbstgerecht, ist es doch nicht zuletzt die undogmatisch Radikale Linke gewesen (auf welche sich die Pro-HH-Fraktion permanent bezieht), die stets das Konzept der ‚Politik in der 1. Person' stark gemacht hat, also jene Perspektive, wonach politische Praxis nicht in sog. StellvertreterInnenpolitik erstarren, sondern vielmehr die eigene soziale als Basis, d.h. als Ausgangs(!)punkt begreifen sollte, sei es in Stadtteil-, Häuser- oder JobberInnenkämpfen. So betrachtet, drängt sich allerdings der Eindruck auf, dass in den letzten Monaten immer wieder mit zwei Meßlatten hantiert wurde: Während deutsche Bewegungslinkte sich sehr wohl zutrauen, den Kampf um die eigenen Lebensbedingungen mit einer allgemeinen linksradikalen Perspektive zu verknüpfen, stehen Flüchtlinge unter dem Generalverdacht, genau dies nicht auf die Reihe zu kriegen bzw. gar nicht erst anzustreben, ein Eindruck, gegen den sich bereits in Göttingen ein Vertreter von The Voice vehement verwahrt hat!

2. Das Gerücht, wonach politische Kooperation mit Flüchtlingen eine lahme, ja geschäftsschädigende Angelegenheit, sei, ist arm, es gibt Auskunft nicht zuletzt über den beschränkten Horizont derer, die Solches behaupten. Denn unabhängig davon, ob The Voice und andere MigrantInnenorganisationen humanistisch, radikaldemokratisch oder ngo-mäßig sind, sich hiervon abschrecken zu lassen, ist alles andere als plausibel. Worauf es ankommt, ist vielmehr, eine eigene Positionsbestimmung in Sachen antirassistischer Kooperation vorzunehmen. Wer dies tut, wird alsbald mit dreierlei (oder mehr...) Einsicht belohnt werden: Erstens: Kooperation muß sich nicht in reformistischer Unterstützungsarbeit oder gar Paternalismus (ob karitativ oder instrumentell) erschöpfen. Nein, es sind auch andere, insbesondere radikale Kooperationen vorstellbar. Zweitens: Unterstützungsarbeit und andere, sei es soziale oder politische Kooperationsformen schließen einander nicht aus. Im Gegenteil: Langfristig (Stichwort: Transidentitäre, mehr noch: hybride Bündnisse, s.u.) geht das eh ineinander über! Drittens: All dies ist nicht nur Zukunfts-, sondern auch Vergangenheitsmusik. Dies meint, dass die (in der Tat) häufige Reduktion von Anti-Rassismus auf moralisch-humanitäre Unterstützungsarbeit ein eher jüngeres Phänomen ist. Noch in den 80-er, auch in den frühen 90-er Jahren ist Anti-Rassismus häufig in eine sozialrevolutionäre, d.h. antikapitalistische Perspektive eingebunden gewesen. (vgl. hierzu vor allem die Flüchtlingskampagne der RZ). Dies ist zwar seinerseits mit zahlreichen Fragwürdigkeiten einhergegangen, immerhin wurde Flüchtlingen und MigrantInnen die Last des globalen ‚Revolutionären Subjekts' aufgebürdet. Und dennoch: Es zeigt, dass wir in Thüringen nicht vor der Neuerfindung des Rades stehen. In diesem Sinne lohnt es auch, bereits gemachte Erfahrungen und Erkenntnisse ernst zu nehmen. Verwiesen sei diesbezüglich insbesondere auf ein vom Anti-Rassismusbüro/Bremen im September 2000 vorgelegtes Strategiepapier, in welchem u.a. das Scheitern diverser Kooperationsprojekte zwischen deutschen AntirassistInnen und Flüchtlings- bzw. MigrantInnenselbstorganisationen analysiert wird. Nachzulesen ist dies (inklusive einer nicht minder lesenswerten Replik) unter: www.is-Bremen.de/arab.

Gewendet auf die Jetzt-Zeit, heißt dies: Es ist billig, (so wie das Teile der Pro-Hamburg-Fraktion tun), unter Verweis auf den derzeitigen Stand des Anti-Rassismus laut Bäh! zu schreien und sodann die Biege nach Hamburg zu machen. Verdammt noch mal, das ist doch keine Lösung! Wer ihre bzw. seine Kritik an der gegenwärtigen, mitunter tatsächlich besorgniserregenden Verfaßtheit des Antirassismus ernst meint, die bzw. der geht vielmehr nach Thüringen und guckt, dass schnellstmöglichst Veränderungen in die Wege geleitet werden. Dass dies nicht ohne Kritik, ja Auseinandersetzung abgehen wird, das wird von überhaupt niemanden in Frage gestellt, zuallerletzt von den refugees und migrants selbst!

3. Ich komme zum (vorerst) letzten Argument, welches weniger Erwiderung als vielmehr Outing einer Leerstelle (im Pro-HH-Diskurs) ist, einer Leerstelle allerdings, die ominös und deshalb auszudeuten ist: sei es als machtpolitischer Winkelzug, unfreiwillige Selbstentlarvung oder aber skurille Hör- und Sehblockade. In der für die Pro-Hamburg-Fraktion ausschlaggebenden Behauptung, wonach in Thüringen v.a. Flüchtlingsunterstützungsarbeit geplant, dies jedoch verkürzter und deshalb abzulehnender Anti-Rassismus sei, wird nämlich geflissentlich unterschlagen, dass nicht nur auf den beiden Nach- und Vorbereitungstreffen in Frankfurt und Göttingen, sondern auch in mehreren schriftlichen Beiträgen Weiteres und Anderes als das bislang Ausgeführte zugunsten von Thüringen in die Waagschale geworfen wurde, und zwar von Leuten u.a. aus Frankfurt, Berlin und Bremen: Demnach böte ein zusammen mit Flüchtlings- und MigrantInnenorganisationen auf die

Beine gestelltes Grenzcamp die Chance, endlich den Umstand anzugehen, dass das antirassistische Grenzcampvölkchen (bislang) ein mehrheitlich deutsch-weißes ist.



Denn dieser (auch aus anderen Zusammenhängen bekannte) Umstand ist alles andere als harmlos. Nein, ganz im Gegenteil: Er ist Effekt rassistischer Ein-und Ausschlußmechanismen, also weder Zufall noch Neutrum, sondern Teil des Problems, welches wir vorgeben, mittels antirassistischer Grenzcamps und anderer Aktivitäten bekämpfen zu wollen. Konkret meint dies: MitgrantInnen, Flüchtlinge und Papierlose sind zahlreichen institutionellen wie strukturellen Schikanen, Diskriminierungen und Widrigkeiten ausgesetzt. Dies reicht von gezielten Strategien sozialer Isolation insbesondere im Flüchtlingsbereich (Stichwörter wären: Heimunterbringung, Arbeitsverbot, Residenzpflicht, Chipkartensystem...), geht weiter mit (nicht zuletzt) struktureller Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, in der Welt der Lohnarbeit, im Bildungssystem, im Bereich politischer Partizipation etc. und endet bei alltäglicher, sei es verbaler, symbolischer oder physischer Gewalt. Sämtliche dieser Ausschlüsse haben indessen – und das ist entscheidend - eine unabdingbare Voraussetzung: Sie erfordern die Existenz einer kollektiven, nicht nur nationalen, sondern auch rassistisch aufgeladenen WIR-Identität, der ihrerseits ein wie auch immer geartetes IHR gegenüberzustehen hat, bestimmt als das mehr oder minder Fremde bzw. Andere. Denn nur, wo ein WIR von einem IHR unterschieden wird, ist es überhaupt plausibel oder legitim (jedenfalls in rassistisch-national verfaßten Gesellschaften), dass bestimmte Menschen den eben aufgelisteten Schikanen, Diskriminierungen und Widrigkeiten unterworfen werden können.

Die Existenz solcher WIR-IHR-Identitäten setzt allerdings doppelte, spiegelbildlich aufeinander bezogene Konstruktionsprozesse voraus, und das, weil derartige WIR-IHR-Identitäten nichts sind, was einfach so auffindbar wäre. Stattdessen ist festzuhalten, dass im Zuge historischer Prozesse (d.h. durch Kolonialismus und Sklaverei, durch Herausbildung kapitalistisch-patriarchaler Nationalstaaten, durch Apartheit und rassistische Diskriminierung etc.) Hautfarbe und andere, ebenfalls physische (und neuerdings auch kulturelle) Merkmale als vorgeblich bedeutsame Unterscheidungskriterien nicht nur konstruiert, sondern auch markiert (= bestimmt) wurden, und dass es auf dieser Grundlage (unter Rückgriff auf weitere, tatsächliche wie zugeschriebene Merkmale und Eigenschaften) zur Bildung verschiedener weißer, schwarzer und anderer Identitäten gekommen ist. Was dies genau heißt, dem kann an dieser Stelle nicht nachgegangen werden, würde dies doch die Beantwortung einer Vielzahl unterschiedlicher Fragen erforderlich machen, Fragen wie z.B. folgender: Was heißt blackness und whiteness, was heißt, dass Schwarzsein bzw. Weißsein historisch bzw. kulturell produzierte Identitäten sind, wie entstehen diese Identitäten, warum ist whiteness auf blackness angewiesen, was sind phantatisch-projektive Zuschreibungen (zwischen Lust, Begehren und Angst), wie und weshalb werden Zuschreibungen verinnerlicht und folglich Realität, wie verschränken sich blackness, whiteness und andere Herrschaftsverhältnisse (z.B. gender), inwieweit sind blackness und whiteness verkürzte und deshalb auszudifferenzierende Polarisierungen (hinsichtlich asiatischer, arabischer, osteuropäischer...) Identitäten etc etc.? Wie gesagt, jetzt möchte ich diesen Strang nicht weiter verfolgen, verwiesen sei aber auf den in der interim Nr. 541 bzw. im kassiber Nr. 47 abgedruckten Text „Koloniale Bilderwelt und Subjekt. Oder: whiteness, blackness und gender: Zur Verschränkung von Rassismus und Sexismus". Dieser Text versucht nämlich, auf einige der eben aufgeworfenen Fragen Antworten zu formulieren, und auch handelt es sich um einen der Texte, welche im Laufe der Thüringen-Hamburg-Debatte zur Diskussion gestellt, welche allerdings von der Pro-Hamburg-Fraktion samt und sonders ignoriert wurden....

Zurück: Führt sich mensch das eben Gesagte vor Augen, wird offensichtlich, weshalb es alles andere als ein Zufall ist – dafür jedoch Effekt rassistischer Ein- und Ausschlußmechanismen -, dass es innerhalb des Grenzcamp-Zusammenhangs bislang zu keiner weiterreichenden Kooperation zwischen refugees und non-refugees bzw. MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen gekommen ist. Denn nicht nur existieren zwischen refugees, deutschen Weißen und MigrantInnen deshalb Unterschiede, weil sie häufig unterschiedlichen gesellschaftlichen bzw. kulturellen Kontexten entstammen und sich hierdurch die Summe möglicher Überschneidungspunkte reduziert (womit allerdings nicht das Vorurteil fester, streng voneinander abgezirkelter Kulturkreise bedient werden soll, s.u.). Nein, zwischen refugees, deutschen Weißen und MigrantInnen existieren nicht zuletzt deshalb Unterschiede, weil sie qua rassistischer Verhältnisse unterschiedlich vergesellschaftet, d.h. an unterschiedliche Orte im gesellschaftlichen Raum ‚platziert' werden. Oder zugespitzer noch: Während deutsche Weiße zum gesellschaftlichen WIR gehören (samt aller Einschlüsse, die das mit sich bringt) gehören refugees und MigrantInnen zum gesellschaftlichen IHR (samt aller Ausschlüsse, die das mit sich bringt). Und das gilt für alle, also auch für weiße Linksradikale, sie mögen sich noch so wehren, aber dem Privileg, nicht (!) rassistisch diskriminiert, ausgegrenzt und schikaniert zu werden, dem kann ein deutscher Weißer in Deutschland einfach nicht entkommen.

Hieraus folgt indes, dass trans-identitäre (ja, mehr noch: hybride) Organisierung die einzig angemessene Strategie ist, to fight racism seriously! Um zu verstehen, was dies konkret meint, sollte mensch sich zuallerest zwei Aspekte in Sachen Identität vor Augen führen: Zum einen ist es – ob's gefällt oder nicht – unumgänglich, die Unterschiede zwischen den jeweiligen Identitäten anzuerkennen, d.h. wahr- und ernstzunehmen! Schließlich sind unsere Identitäten Ausdruck unterschiedlicher Erfahrungen, Erfahrungen, die je nach Klasse, Geschlecht Ethnizität etc. unterschiedlich ausfallen und folglich mit je spezifischen ‚Vorgaben' zur Subjekt- bzw. Identitäsbildung einhergehen. Zum anderen gilt aber auch, dass Identität nichts ist, was einfach reflexartig, quasi von selbst entstehen würde, je danach, an welchen Platz ein Mensch im gesellschaftlichen Raum geraten ist. Nein, Identitäten sind immer das Produkt eines Wechselspieles: Menschen sind zwar bestimmten Bedingungen ausgesetzt (die sie sich nicht aussuchen können), es gibt aber auch Spielräume, Spielräume, in welchen die eigenen Umstände reflektiert werden und Veränderungs- oder gar Revolutionswünsche entstehen können. (Gäbe es diese Spielräume nicht, wäre es überhaupt nicht erklärbar, warum es ‚uns', warum es Widerstand überhaupt gibt). In diesem Sinne ist v.a. die Identitätspolitik marginalisierter bzw. diskriminierter Gruppen ernst zu nehmen (Lesben/Schwule, MigrantInnen und Flüchtlinge, Frauen, Behinderte, etc.), denn um Widerstand leisten zu können, muß zuallererst ein Widerstandskollektiv geformt werden, müssen sich die Betreffenden über ihre jeweiligen Diskriminierungserfahrungen genauso austauschen wie darüber, wohin die Reise gehen soll, eine Strategie, die nicht selten mit einer (taktischen) Bejahung der eigenen Marginalisiertheit verknüpft ist (verwiesen sei beispielhaft auf das Kanaak Attack-Konzept). Ja, und mit Abstrichen gilt dies auch für linken Widerstand im allgemeinen, auch dieser bedarf eines kollektiven Wir's, andernfalls wären die linken WiderständlerInnen nicht mehr als ein wilder, überhaupt nicht handlungsfähiger Hühnerhaufen.

Und dennoch: So wenig Identität in Bausch und Bogen verteufelt werden darf (ich bitte, dies zu berücksichtigen!), so sehr gilt umgekehrt, dass Identitäten in erster Linie Herrschaftsprodukte sind. In ihnen spiegeln sich, wie eben schon ausgeführt, die Summe

der jeweiligen Erfahrungen wider, d.h. die Zumutungen (zum Guten wie zum Schlechten), die Diskriminierungen, die Schikanen, die Zwänge, die Normierungen, die Einordnungen, die Klassifizierungen, die Polarisierungen, kurz, alles das, was Menschen erleben müssen bzw. erleben dürfen. Ja, und weil das so ist, weil unsere Identitäten in erster Linie verinnerlichte Herrschaftsverhältnisse sind, weil wir zum Bestandteil der von uns bekämpften Verhältnisse gemacht werden, ist es unumgänglich, unsere Identitäten kritisch zu hinterfragen, d.h. sie auseinanderzupflücken und sie (langfristig) zu etwas ganz Anderem zusammenzusetzen: Es gilt (um's auf dem Feld des Rassismus zu formulieren) Identitäten zu erproben, die jenseits rassisisicher IHR-WIR-Polarisierungen angesiedelt sind, die nicht auf Abgrenzung, Aus- und Einschluß, projektiven Zuschreibungen etc. beruhen, sondern die im Fluß sind, sich immer wieder wandeln, weiterentwickeln, die das Andere nicht nur im Außen vermuten (bei den Fremden...), sondern auch in sich selbst, die aus sich heraus zu immer neuen Gewässern starten, neuen Gewässern nicht zuletzt in sich selbst (Stichwort: Freies Fluten – hey, merkt Ihr was!?). Angesagt ist mit anderen Worten das, was im angloamerikanischen Sprachraum mit dem leider etwas sperrigen Begriff der Hybridität bezeichnet wird: Wo sich hybride Identitäten bzw. hybride Kulturen herausschälen, da gibt es kein Außen, welches von einem wie auch immer bestimmten Innen streng abgeschottet wäre, dort ist es nicht mehr möglich, Dazugehörige und solche, die nicht dazugehören, auseinanderzusortieren und auf dieser Grundlage Diskriminierungs-, Ausbeutungs- und Gewaltverhältnisse zu errichten.

Doch stopp: Das, was ich soeben formuliert habe, ist Zukunftsmusik, ist nicht mehr als utopischer Fluchtpunkt. Denn wir stehen derzeit irgendwo ganz anders. Wir sind – Achtung Zuspitzung! – Gefangene unserer Identitäten, was auch nicht weiter verwunderlich ist, schließlich ist es für keineN möglich (ob Flüchtling, weisser DeutscheR oder MigrantIn), einfach mal die gesellschaftlichen Verhältnisse (aus welchen unsere jeweiligen Identitäten hervorgehen) auszuhebeln. Oder anders: Solange gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse existieren, solange sind auch unsere Identitäten unmittelbare, schattengleiche ZeugInnen dieser Verhältnisse. Schade, aber wahr!

In diesem Sinne kann's in Thüringen um nicht mehr als erste Schritte gehen, erste Schritte allerdings – und an dieser Stelle kommt das schöne Wörtchen des Trans-Identitären in's Spiel – welche die engen Grenzen des eigenen Identitäts-Raumes hinter sich lassen, das jedoch immer im Wissen darum, dass Identitäten äußerst unterschiedlich ausfallen können, also gar nicht so ohne Weiteres zusammenpassen und deshalb stets geguckt werden muß, wo's paßt und wo nicht und wo es ggf. auch ansteht, zu streiten, zu streiten nicht zuletzt darüber, wie (langfristig) ein solches antirassistisches Widerstands-WIR herausgebildet werden kann, welches seinerseits bereits trans-identitär, ja hybrid gestaltet ist. Oder anders: In Thüringen soll's vor allem darum gehen, mittels trans-identitärer Organiserung, dem Kern des Rassismus das Wasser abzugraben: Rassismus setzt Trennungen voraus (WIR-IHR...) und errichtet sie immer wieder neu. Dem kann nur begegnet werden, indem die Trennungsschrauben gelockert und teilweise auch aufgedreht werden, indem also Flüchtinge, deutsche Weiße und MigrantInnen kooperieren, auf dass nicht nur die Identitätsmauern eingerissen (oder zumindetens angekratzt), sondern auch die direkt hiermit zusammenhängenden Herrschaftsverhältnisse bekämpft werden, sei es das Abschieberegime, das Arbeitsverbot oder die handfeste Gewalt auf der Straße.

Indes: Hiervon wollen verschiedendste Leute aus der Pro-HH-Fraktion nichts wissen, und zwar so wenig, dass es einige von ihnen vorgezogen haben, den Mantel des Schweigens darüber auszubreiten, wie und mit welchen Argumenten für Thüringen überhaupt argumentiert wurde. Dafür scheint es im Gegenzug (wie gesagt: es scheint!), als ob es einige der Hamburg-Zampanos vorzögen, in ihrem eigenen Saft weiterzuschmoren, d.h. ihren eigenen Schrebergarten (in den Farben: deutsch-weiß-autonom) weiter zu bestellen, und das im Namen eines, wie es immer wieder heißt, echten (eines guten, eines reinen, eines ordentlichen....) Bewegungscamps. In diesem Zusammenhang eine Frage: Kann mir mal eineR, irgendeineR erklären, warum es nicht möglich sein soll, in Thüringen ein linksradikales und d.h. auch: ein transidentitäres Bewegungscanp auf die Beine zu stellen. Mensch, Hirschkäfergezwitscher noch mal: Das wäre doch cool, tausend mal cooler (und obendrein eine riesige Chance), als einmal mehr eine antirassistische Grenzcamp-Vollversammlung mit mehrheitlich deutsch-weißem Personal abzuhalten!!!

6. Fazit

In der Zwischenbilanz hieß es, dass für Hamburg insbesondere Schill sowie infrastrukturelle Vorteile sprechen würden. Dies ist einiges, aber in meinen Augen nicht genug, jedenfalls nicht im direkten Vergleich, also gemessen daran, dass in Thüringen ganz Neues auf uns wartet, Neues, was schwierig, herausfordernd und obendrein privilegien-infragestellend ist, was umgekehrt aber auch eine Chance darstellt, die Chance nämlich, auf eine Viezahl der Notwendigkeiten reagieren zu können, um die wir langfristig sowieso nicht rumkommen (so wie ‚wir' ja auch nicht um's patriarchale Geschlechterverhältnis rumkommen...). In diesem Zusammenhang sei schließlich noch angemerkt, dass mensch die Chance dort am Schopfe packen sollte, wo sie sich bietet. Dies ist insbesondere an die Adresse derer gerichtet, die immer wieder darauf hingewiesen haben, dass mensch ja auch in Hamburg mit Flüchtlingen und MigrantInnen kooperieren könnte. Das ist zweifelsohne richtig. Allein: In Hamburg gibt es derzeit keinen Flüchtlinge und MigrantInnen, die in vergleichbarer Weise wie The Voice oder die Flüchtlingsinitiative Brandenburg mit dem Grenzcamp verschwistert wären. In diesem Sinne sollte mensch – so denn ihm das Trans-Identitäre tatsächlich am Herzen liegt – lieber dort zupacken, wo sich die Chance auftut, anstatt in Hamburg auf die Suche nach kooperationsbereiten Flüchtlingen und MigrantInnen zu gehen. Ein Vorhaben, welches sowieso zum Scheitern verurteilt wäre, wie jedeR einräumen wird, die bzw. der überhaupt schon mal die Mühe auf sich genommen hat, so etwas wie trans-identitäre Bündnisse zu schmieden. Kurzum: In meinen Augen gibt es viele gute Gründe (von denen im vorliegenden Text noch nicht einmal alle genannt wurden - wie z.B. ‚Rechte Hegemonie angreifen!'), dass diese Jahr die Musik in Thüringen spielt.

Indes: Es ist zu spät. Beträchtliche Teile der bisherigen Grenzcampvorbereitung (darunter viele der Altvorderen) haben sich verabschiedetet und bereiten mittlerweile die Schill-Y-Out-Days in Hamburg vor. Dies ist – allen Differenzen zum Trotz – für das diesjährige Grenzcamp ein gewaltiges Manko, einmal ganz davon abgesehen, dass alles dies keine Meisterleistung auf dem Feld politischer Kultur gewesen ist. Und dennoch - da beißt die Maus keinen Faden ab -,es ist so, weshalb uns gar nichts Anderes übrig bleibt, als die politische (!) Auseinandersetzung zu suchen, droht doch anderernfalls einmal mehr ein spießiges (weil voneinander abgeschottetes) Nebeneinander autonomer KleingärtnerInnen. In diesem Sinne rufe ich Euch an, Ihr RitterInnen des Streits, welche Ihr ja laut Selbstauskunft seid: Brecht Eurer Land-in-Sicht-Schweigen, hört auf, Gerüchte zu streuen, nenntt Roß und ReiterIn, sagt, weshalb ein Grenzcamp in Thüringen in Euren Augen eine politische Sackgasse darstellt. Inhaltliche Textmasse, auf die Ihr Euch beziehen könnt, gibt es ja mittlerweile hinreichend viel!

Gregor Samsa







Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis 7.0 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 10 Euro pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Eigendruck im Selbstverlag

Programm ROTE FLORA 04.2002 www.roteflora.de

Dienstag, 02.04	17-23Uhr	Dubcafe_Black Famous Sound
Donnerstag, 04.04	21 Uhr	HC-Konzert: Lack
Freitag, 05.04	23Uhr	Chillum Conection-Dialog der Kulturen Goa-Trance Party
Samstag, 06.04	22Uhr	HC-Konzert: Atrocious (Crust/usa),Contala Contra (Crust/bielorussia), Children of Fall (Emo/schweden), Nikad (Emo/ungarn), Yage (Emo/köln)
Sonntag, 07.04	17 Uhr	Cafe Niemandsland
Dienstag, 09.04	18-23 Uhr	Dubcafe_Inity Sound
Donnerstag, 11.04	21 Uhr	HC-Konzert: Hellbound (Crustcore/montreal), Dread 101 (Grind Crust/prag)
Samstag, 13.04	23 Uhr	Flora Soli ➔ Partyhall: HipHop_Trainingslager, Mad Maximum; Bassment: D'n'B_Skunkfunk; 1. Stock: Grafitti Ausstellung
Sonntag, 14.04	17 Uhr	Cafe Niemandsland // 17 Uhr 1. Stock Drumcircle
Dienstag, 16.04	18-23 Uhr	Dubcafe_Ital-Acoustic
	21:30 Uhr	HC-Konzert: from ashes rise (Hardcore-Crust like Tragedy/usa)
Donnerstag,18.04	21 Uhr	HC-Konzert: Yaphet Kotto (usa) und Kochen mit Glas (hh)
Freitag,19.04	23 Uhr	ReggaeKellerClub
Samstag,20.04	22 Uhr	FUSE(ecstatic music nonstop) POPUP CologneLiveact: The Modernist (köln) und Antonelli Electric (Düsseldorf)+ Fuse Dj's Harre und Henry (link/flora) minimal Techno
Sonntag, 21.04	17 Uhr	Cafe Niemandsland
Dienstag, 23.04	18-23 Uhr	Dubcafe_weed acoustix
Donnerstag, 25.04	21 Uhr	HC-Konzert: Split (Hardcore-Punks/zürich) und Brutalmassaker (biel) Vibes vs. I-Tal Acoustic
Samstag, 27.04	20 Uhr	Konzert: stealth pilse (grungerock), flat daisy (alternative core) und flair (alternative)

REGELMÄßIGE TERMINE:

Montag	ab 19Uhr	Kochsession veganes essen
Montag	ab 17Uhr	offenes Motoradwerkstattschrauben und klönen
Montag	18:30-21Uhr	Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt
Montag und Donnerstag	17-19 Uhr	Archive der sozialen Bewegung Tel.: 433007
Dienstag	18-23 Uhr	Dubcafe
Mittwoch	17 Uhr	„art?-cafe"
Donnerstag(1.+3.)	ab 19 Uhr	Kochkollektiv veganes essen
Donnerstag	ab 19:30Uhr	Anti Castor Cafe
Samstag (1.)	ab 12 Uhr	Frühstücksbuffet
Sonntag	ab 17 Uhr	Cafe Niemandsland, richtige Politik, echter Kaffee und frischer Kuchen
Sonntags	ganztägig	Studio F sendet aus der Flora (fsk 93.0)

AHOI-Programm April 02, Balduintreppe, Hamburg-St.Pauli

Date Uhrzeit	Genre	Was abgeht
Di., 2. 21.00	Kneipe	Punk und Kickern wie sonst oben
Mi., 3. 20.00	Kneipe	Disqualifiziert Gemütlicher Abend mit moderner Musik
Do., 4. 21.00	Klub	Der rote Donnerstagsklub
Fr., 5. 20.00	Party	Time Out Stoner Rock, Jazz, Funk, Soul & Dub
Sa., 6. 20.00	Party	Hafenzound
Di., 9. 21.00	Kneipe	Punk und Kickern wie sonst oben
Mi., 10. 20.00	Kneipe	Gemütlicher Abend mit moderner Musik
Do., 11. 21.00	Klub	Der rote Donnerstagsklub three-word-dj-team
Fr., 12. 20.00	Party	Trash Records
Sa., 13. 20.00	Party	Audio Affair
Di., 16. 21.00	Kneipe	Punk und Kickern wie sonst oben
Mi., 17. 20.00	Kneipe	Gemütlicher Abend mit moderner Musik
Do., 18. 21.00	Klub	Der rote Donnerstagsklub
Fr., 19. 20.00	Party	BassBus
Sa., 20. 20.00	Party	Beats 'n' Rhymez Plattform
Di., 23. 21.00	Kneipe	Punk und Kickern wie sonst oben
Mi., 24. 20.00	Kneipe	Gemütlicher Abend mit moderner Musik
Do., 25 21.00	Klub	Der rote Donnerstagsklub
Di., 30. 21.00	Kneipe	Punk und Kickern wie sonst oben

